

PROGRAMM
FÜR
HESSEN

Beschlossen auf dem 37. Landesparteitag
in Wiesbaden am 14. September 1974

CDU 
besser für Hessen!

Programm für Hessen

=====

Beschlossen auf dem 37. Landesparteitag
in Wiesbaden am 14. September 1974

A. Bildung

Chance für jeden

Bildung prägt den Menschen. Sie gibt ihm Chancen fürs Leben. Sie entfaltet seine geistigen und praktischen Kräfte und Anlagen. Bildung führt den jungen Bürger in die menschliche Gemeinschaft ein, in ihre Aufgaben, Erwartungen, Grenzen und Konflikte. Sie macht Erfüllung im gewählten Beruf möglich. Das alles ist gewährleistet, wenn die Bildungseinrichtungen zweckmäßig geplant, eingerichtet und verwaltet werden. Bildungspläne müssen auch dem modernen Berufsleben entsprechen. Sie dürfen nicht am späteren Leben vorbeigehen. Das bedeutet eine Orientierung auch am Prinzip "Leistung".

Hessen hat nach dem Kriege im Bildungswesen beachtliche Leistungen vollbracht. Seit geraumer Zeit stellen die politisch Verantwortlichen diese Erfolge jedoch in Frage. Eine erfolglose "Reform" für das Schulwesen löst die andere ab. Schüler und Eltern kennen sich in unzähligen und oft sinnlosen Experimenten nicht mehr aus. Die Gelder werden in die falschen Projekte gesteckt. Lehrermangel, zu große Klassen, Unterrichtsausfall und Lücken im Lehrangebot sind die Folgen. Die Leidtragenden sind die Kinder.

Es ist das erste Anliegen der CDU, in die Schule und in die anderen Bildungseinrichtungen wieder Ruhe und Ausgewogenheit zu bringen. Nur dann ist eine moderne, wissenschaftlich fundierte Weiterentwicklung des Schulwesens möglich. Zum Nutzen unserer Jugend.

Für die CDU Hessen heißt das unter anderem:

1. Den Lehrermangel beseitigen

In diesem Punkt liegt eindeutig der Schwerpunkt unserer Schulpolitik. Eine von der CDU geführte Landesregierung wird sofort kurzfristige und langfristige Maßnahmen ergreifen:

- Erweiterung des nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterrichts, Einsatz von Fachkräften aus Wirtschaft und Verwaltung in Mangelfächern,

- Errichtungsstopp für Förderstufen und Gesamtschulen, weil diese ungesicherten Experimente mehr Lehrer brauchen als herkömmliche Schulen,
- Einführung moderner Lehr- und Lernmethoden, die Lehrpersonal einsparen,
- effektiverer Einsatz der Lehrer,
- Schaffung von Vertretungslehrplanstellen,
- gerechte Verteilung der Mittel für Bau und Ausstattung von Schulen aller Formen und Stufen,
- Senkung der Klassenstärken.

2. Für ein vernünftig gegliedertes Schulsystem

Das teuerste Experiment der letzten Jahre war die vor-eilige Errichtung zu vieler integrierter Gesamtschulen und Förderstufen. Die CDU ist der Ansicht, daß zur Erprobung dieser Schulformen der Aufbau einiger weniger Gesamtschulen ausreichend ist. Dieses Experiment wurde von der Landesregierung mit dem Geld ausgestattet, das dann bei der Beseitigung des Lehrermangels fehlte. Integrierte Gesamtschulen haben zudem einen um 30 % größeren Bedarf an Lehrern als andere Schulformen und verschlechtern die Situation auch insoweit.

Jetzt müssen die bisherigen Versuche erst einmal wissenschaftlich - und zwar unparteiisch - ausgewertet und überprüft werden. In einem System- und Leistungsvergleich muß sich zeigen, welche Schulform die beste ist.

Die Alleingänge des Landes Hessen auf diesem Gebiet haben zu Nachteilen für die Schüler geführt. Diese Entwicklung muß dadurch gestoppt werden, daß die künftige Gliederung des hessischen Schulsystems in Abstimmung mit den übrigen Bundesländern, der Kultusministerkonferenz, der Bundesländer-Kommission und dem Deutschen Bildungsrat erfolgt.

Nach Ansicht der CDU muß das Schulsystem dem Schüler möglichst vielfältige Wahlmöglichkeiten geben. Es darf nicht sozialistisch gleichmacherisch sein. Der einzelne muß im Gegenteil bestmöglichst gefördert werden. Das betrifft sowohl die Wahl verschiedener "Laufbahnen" wie auch die Wahl der verschiedensten Fächer.

Gleichwertigkeit, Gleichrangigkeit und "Durchlässigkeit" der Bildungswege - Übergangsmöglichkeiten von einer Laufbahn in die andere -, sind heute Selbstverständlichkeiten eines modernen Bildungswesens. Damit verhindert die CDU bildungspolitische Sackgassen.

3. Moderne Lehrpläne statt "Rahmenrichtlinien"

Ein besonderer Streitpunkt ist seit einigen Jahren der politische Unterricht an unseren Schulen. So versucht z.B. der hessische Kultusminister mit den "Rahmenrichtlinien" einseitiges, ideologisch-marxistisches Gedankengut in viele Schulfächer einzubringen. Die CDU wendet sich gegen diese totale Politisierung der Schule. Aus einem Klima des politischen Kampfes an der Schule erwächst am Ende politischer Haß, wie er an den Universitäten bereits an der Tagesordnung ist. Wir sagen: Schulunterricht muß grundsätzlich überparteilich sein. Im politischen Unterricht ("Sozialkunde") gilt als Maßstab unsere rechtsstaatliche und soziale Verfassung. Lehrerbildung, Lehrpläne und der praktische Unterricht sind an diese unsere demokratische Ordnung gebunden.

Die CDU weiß und macht dies der Regierung zum Vorwurf, daß die zur Zeit gültigen Bildungspläne zum Teil veraltet sind. Ihre Erneuerung ist fällig. Ihr eigenes Versäumnis führt jetzt die Landesregierung als Entschuldigung für den Ersatz dieser alten Bildungspläne durch sogenannte "Rahmenrichtlinien" an.

Diese Rahmenrichtlinien ermöglichen den Mißbrauch der Schule zum Unterricht im Sinne marxistischer Indoktrinierung und zur Erziehung zum Klassenkampf sowie zur politischen und gesellschaftlichen Intoleranz. In dieser Beurteilung wird die hessische CDU von namhaften Wissenschaftlern des In- und Auslands unterstützt.

Der hessische Kultusminister hat trotz der von allen Seiten geäußerten Bedenken die umstrittenen Rahmenrichtlinien zur Erprobung freigegeben. Damit werden die betroffenen Schüler ihrem schädlichen Einfluß ausgesetzt. Eine CDU-Regierung wird diese "Rahmenrichtlinien" sofort aus dem Verkehr ziehen.

Die hessische CDU wird für die Erarbeitung neuer Bildungspläne sorgen. Sie wird hierzu in großem Umfang Wissenschaftler und Schulpraktiker in die Mitarbeit einbeziehen. Der jetzige Kultusminister hat seine Rahmenrichtlinien von ganz einseitig ausgerichteten Verfassern schreiben lassen. Wir meinen dagegen, daß neue Bildungspläne nur dann für die gesamte Bevölkerung annehmbar sind, wenn verschiedenste pädagogische und fachliche Meinungen berücksichtigt werden. Demokratisches Denken verlangt von neuen Bildungsplänen grundsätzlich, daß sie

- die Entfaltungsmöglichkeiten der Schüler und Lehrer verbessern,
- die Verpflichtung des einzelnen gegenüber unserem Staat und unserer Gesellschaft berücksichtigen,
- dem gemeinsamen Erziehungsauftrag von Elternhaus und Schule gerecht werden.

4. Eltern und Schule in gemeinsamer Verantwortung

Grundgesetz und Hessische Verfassung garantieren das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern. Im Bereich der Schule haben Staat und Elternhaus nach dem Willen des Bundesverfassungsgerichts einen gemeinsamen und gleichgeordneten Erziehungsauftrag. Trotzdem provozieren moderne politisch-pädagogische Richtungen einen dauernden Konflikt mit dem Elternhaus.

In amtlichen und halbamtlichen Schriften der Hessischen Landesregierung wird zu einer faktischen Einschränkung des Elternrechts aufgerufen und ein Feindbild von der Familie aufgebaut.

Deshalb ist es notwendig geworden, die verfassungsmäßigen Elternrechte im Schulwesen gesetzlich besser zu sichern. Daher wird die CDU ihren Gesetzentwurf zur Verbesserung der Mitbestimmungsrechte der Erziehungsberechtigten und der Mitwirkungsrechte der Schüler verwirklichen.

Der Staat muß dafür Sorge tragen, daß die Elternschaft ihre Mitbestimmungsrechte so gut wie möglich wahrnehmen kann. Dazu gehört eine fortlaufende Information der Elternschaft über ihre Rechte und über die geltenden Bestimmungen im Schulwesen.

Die Elternbeiräte müssen vor der so häufig angewandten Überrumpelungstaktik geschützt werden. Sie sollen vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit und dem Hessischen Staatsgerichtshof partei- und prozeßfähig werden.

Bei Konfliktfällen zwischen Schule und Schulaufsichtsbehörde einerseits und Elternvertretung andererseits soll nicht mehr die Verwaltung entscheiden, sondern eine neutrale Einigungsstelle.

5. Vorrang für die Grundschule und vorschulischen Einrichtungen

Die Grundschule muß in der Rangfolge der besonders zu fördernden Schularten den Platz 1 bekommen, denn im Grundschulalter werden die Fundamente aller späteren Bildung gelegt.

Die CDU wird in der Regierungsverantwortung dafür Sorge tragen, daß die Grundschule aus ihrer Schlußlichtposition bei der Zuweisung von Lehrkräften und Lernmitteln herausgeholt wird. Eine bessere Lehrerversorgung, moderne Räume, reichhaltigere Lernmittel und eine intensivere pädagogische Bemühung um alle Kinder, besonders um diejenigen, die aus gestörtem sozialen Milieu kommen und dabei in der Schule etwas nachzuholen haben - das sind die leitenden Gesichtspunkte, von denen wir in unserer Politik für die Grundschulen ausgehen.

Die Grundstufe soll einen Zeitraum von vier Jahren umfassen. Sie hat folgende allgemeine Zielsetzungen:

- In einem Grundprogramm sollen alle Kinder besser gefördert werden,
- dieses Grundprogramm wird durch Zusatzangebote ergänzt, die die Neigung und Eignung der Kinder berücksichtigen,
- Kinder, die besonderer Lernhilfe bedürfen, sollen in dafür geeigneten Kursen die notwendige Unterstützung erfahren.

Für die Eingangsstufe in der Grundschule (1. und 2. Schuljahr) gilt grundsätzlich das Klassenlehrersystem. Vom 3. Schuljahr an werden die Kinder über das Fachgruppenlehrersystem allmählich mit Unterrichtsstilen und Verfahrensweisen verschiedener Lehrer vertraut gemacht und so besser auf das Fachlehrersystem der Sekundarstufe I vorbereitet.

Die Grundstufenschule ist in Jahrgangsklassen zu führen. Ihre Eingangsbereiche richten sich nach Besiedlungsdichte und Verkehrsverhältnissen.

Entscheidend ist eine Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation durch kleinere Klassen und eine größere Wochenstundenzahl.

Die CDU wird zur inneren Reform der Grundstufe neue Bildungspläne erarbeiten.

Die Bemühungen um Chancengerechtigkeit müssen im Kindergarten und im frühesten Schulalter beginnen und dürfen nicht, wie es in der Schulpolitik der SPD geschieht, auf die Zeit des 11. Lebensjahres verschoben werden.

Lernfähigkeit und Intelligenz werden entscheidend im vorschulischen Alter geprägt. Vorschulische Erziehung heißt nicht Vorverlegung der Schule (wie es die Sozialisten wollen), sondern pädagogische Weiterentwicklung des Kindergartens. Die Tätigkeit der freien Träger in der vorschulischen Erziehung muß gewährleistet sein, indem sie finanziell den öffentlichen gleichgestellt werden.

Die Gefahr der Überforderung der Kinder durch unausgereifte Experimente im Kindergarten-Vorschulbereich und in der Grundschule muß vermieden werden. Wichtigstes Ziel der Vorschulpädagogik ist die ergänzende und ausgleichende Erziehung benachteiligter Kinder.

Die CDU wird durch entsprechende Aus- und Weiterbildung von Sozialpädagogen und Kindergärtnerinnen und durch Schaffung neuer Ausbildungsplätze den Kindergarten zu einer echten Bildungsstätte ausgestalten. Sie wird dafür sorgen, daß allen Kindern vom 4. Lebensjahr an der Besuch vorschulischer Einrichtungen ermöglicht wird.

In all diesen Einrichtungen muß der Erziehungswille der Eltern vordringlich berücksichtigt werden; "anti-autoritäre" weiltfremde Experimente an wehrlosen Kleinkindern sind auszuschließen.

An diesem Punkt wird - wie im gesamten Erziehungsbereich - deutlich, daß sehr genaue Planungsunterlagen im Hinblick auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung erarbeitet werden müssen. Sie sind die Voraussetzungen für eine solide Entwicklung, die nicht an den Bedürfnissen der Zukunft vorbeigeht.

Die CDU wird weiterhin genügend Kinderspielplätze schaffen. Besonders in den Großstädten brauchen unsere Kinder und Jugendlichen mehr Spiel- und Bewegungsraum als bisher zur Verfügung stand. Für Kinder und Jugendliche aller Altersstufen ist die Errichtung und Unterhaltung einer ausreichenden Anzahl von privaten und öffentlichen Spielplätzen vorzusehen. Zu diesem Zwecke wird die CDU ihr Kinderspielplatzgesetz verwirklichen.

6. Freie Schulen fördern

Freie Schulen sind Bestandteil einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie müssen daher auch in Zukunft eröffnet und geführt werden können. Auch im Bildungswesen zeitigt ein Staatsmonopol keine guten Früchte. Vielmehr hat der Staat die Aufgabe, sich für die Existenzsicherung der Privatschulen aktiv einzusetzen.

Die Erfahrung lehrt, daß freigemeinnützige Schulen häufig Schrittmacher des pädagogischen Fortschritts sind. Sie entlasten außerdem Staat und Gemeinde finanziell. Die CDU wird einen pädagogischen Wettbewerb und im organisatorischen Bereich ein geordnetes Miteinander zwischen staatlichen und freien Schulen ermöglichen.

7. Die berufliche Bildung gleichrangig behandeln

Allgemeine und berufliche Bildung sind aufeinander bezogen und gleichwertig. Durch angemessene und vergleichbare Ausstattung aller Landesteile wird regionale Chancengerechtigkeit verwirklicht.

Gute berufliche Bildung ist Voraussetzung für ein gesichertes Einkommen des einzelnen Bürgers. Aus Gründen der Chancengerechtigkeit müssen die beruflichen Bildungsmöglichkeiten in allen Landesteilen auf einem angemessen hohen Niveau eingerichtet werden. Nur so haben auch Bewohner bisher wirtschaftlich vernachlässigter Landesteile die Chance, aufzuholen und gleichzuziehen.

Berufliche Bildung darf nicht auf Schulen und Großbetriebe beschränkt werden. Ausbildungsplätze in Klein- und Mittelbetrieben sind unentbehrlich. Mittelstandsfeindliche Propaganda von linken "Systemüberwindern" in der Lehrlingsausbildung geht zu Lasten der Entfaltungsmöglichkeiten der jungen Menschen.

Seit Jahren weisen die Politiker der CDU darauf hin, daß die Bildungs-Experimente der Hessischen Landesregierung auf Kosten der Berufsschulen gehen. Die Mahnungen halfen nicht viel: Die berufliche Bildung wurde und wird vernachlässigt. Daher gilt sie in der Öffentlichkeit weithin als "Hinterhof der hessischen Bildungspolitik".

Eine CDU-Regierung wird dies ändern. Wir werden der Berufsschule den Rang geben, der ihr als Bildungsstätte für nahezu 80 % der jüngeren Generation zukommt. Für uns sind allgemeine und berufliche Bildung gleichrangige Aufgaben. Das ist zunächst eine Frage der finanziellen Ausstattung, gleichzeitig aber auch eine Frage der Umorganisation und neuer Schwerpunkte.

Das Kernstück der beruflichen Bildung liegt in einer sinnvollen Abstimmung der Lerninhalte der beiden Lernorte Schule und Betrieb. Theorie und Praxis sind in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Dazu ist folgendes notwendig:

- Ausgehend von den vorhandenen Einrichtungen ist das Berufsgrundbildungsjahr so auszubauen, daß ein angemessenes Angebot in allen Regionen für alle Berufsfelder gewährleistet ist. Dabei werden die Jugendlichen ohne Berufs- und Berufsfeldentscheidung vorrangig gefördert.
- In Hessen wird ein Netz überbetrieblicher Berufsbildungszentren entwickelt, beginnend im Bereich strukturschwacher Gebiete. Die Berufsbildungspläne der überbetrieblichen Berufsbildungszentren und der beruflichen Schulen werden aufeinander abgestimmt. Die überbetrieblichen Berufsbildungszentren müssen so angelegt werden, daß sie auch der beruflichen Weiterbildung und der Umschulung dienen können.
- Soweit und solange ein Berufsgrundbildungsjahr nicht realisiert ist, wird eine Ausweitung des Berufsschulunterrichts vor allem im ersten Ausbildungsjahr angestrebt, das einem Blockunterricht von 13 Wochen pro Schuljahr entspricht. Dabei wird das Fach Sport angemessen berücksichtigt.
- Die Berufsschulstundenzahl wird von der gegenwärtigen Mindeststundenzahl auf eine Stundenzahl von 12 Wochenstunden ausgebaut. In einem Sofortprogramm sind 9 Wochenstunden sicherzustellen.
- Der Blockunterricht (Vollzeitunterricht an den beruflichen Schulen in bestimmten Ausbildungsabschnitten) wird verstärkt eingeführt. Die Unterrichtsinhalte werden zwischen den beiden Ausbildungsarten Schule und Betrieb abgestimmt. Für Jugendliche in seltenen Ausbildungsberufen (Splitterberufe) ist Blockunterricht mit internatsmäßiger Unterbringung vorzusehen.
- Die Organisation der Einrichtung von Fachklassen wird verbessert. Überregionale Fachklassen sind zu bilden.
- Bereits in der Schule muß der zukünftig Auszubildende auf seine Aufgaben in Staat und Gesellschaft - auch im Zusammenhang mit der Wahl seines Berufes - schon vor der Berufsentscheidung vorbereitet werden. Unter verantwortlicher Mitarbeit der Eltern bedarf es sowohl einer

- qualifizierten und sachgerechten Schullaufbahnberatung wie auch kontinuierlicher Informations- und Entscheidungshilfen für die Schüler durch Berufswahlunterricht sowie sorgfältiger Berufsberatung.
- Da berufliche Bildung vorwiegend im Bereich der Sekundarstufe II erfolgt, muß sie mit dem allgemeinbildenden Schulwesen durch abgestufte und differenzierte Ausbildungsgänge in Pflicht- und Wahlschulen besser verbunden werden und ein berufsübergreifendes Unterrichtsangebot einschließen.
 - Nach dem 10. Schuljahr sind berufsbezogene Bildungsgänge anzubieten. Für Abiturienten, die kein Hochschulstudium anstreben, sind Berufsakademien zu errichten, um eine Alternative zum Studium an der Hochschule zu eröffnen.
 - Für Jugendliche, die im Anschluß an die berufliche Grundbildung nicht in eine weitere Fachbildung eintreten, müssen besondere Formen der Förderung eingerichtet werden.
 - Für behinderte Jugendliche soll verstärkt das Angebot gemacht werden, Abschlüsse in anerkannten Ausbildungsberufen oder in Orientierung an Abschlüssen anerkannter Ausbildungsberufe entsprechend dem Grad ihrer Behinderung in stufenbezogenen Ausbildungsgängen zu erreichen.

8. Erwachsenenbildung ausbauen

Die CDU tritt für eine Belebung und Erweiterung der Erwachsenenbildung ein. Die heutige Zeit verlangt von uns ständige Wissenserweiterung und Weiterbildung. Die im Vergleich zu früher kürzere Arbeitszeit gibt die Möglichkeit, durch Weiterlernen Freizeit nutzbringend auszufüllen.

Die freigemeinnützigen Einrichtungen müssen gleichrangig wie die staatlichen in den Genuß öffentlicher Förderung kommen. Pluralität der Bildungsangebote ist auch hier eine demokratische Notwendigkeit. Die CDU will ferner die Bildungsarbeit der Jugendverbände fördern.

Erwachsenenbildung umfaßt allgemeine, berufliche und politische Bildung. In Hessen sind in mehreren Fällen kommunale Volkshochschulen zu Übungsstätten linksradikaler Kräfte geworden. Die CDU wird darüber wachen, daß auch hier die Grundsätze freiheitlicher demokratischer Rechtsstaatlichkeit erhalten bleiben. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag der CDU hat zur Verabschiedung eines Erwachsenenbildungsgesetzes geführt.

9. Innere Freiheit und Funktionsfähigkeit der Hochschulen sichern

Die Universitäten müssen durch politische Anstrengungen vom Druck linksradikaler, totalitärer Kräfte befreit werden. Professoren und Studenten dürfen keinem geistigen Gruppenterror unterworfen sein. Dem Grundsatz der Freiheit von Forschung und Lehre muß umgehend Geltung verschafft werden.

Alle am Universitätsleben beteiligten Gruppen sollen in maßvoller Abwägung ihrer Rechte und Pflichten Freiheitsräume in Anspruch nehmen. Der Staat muß aber in das Universitätsleben dann ordnend eingreifen, wenn die Selbstverwaltung der Universitäten nicht zur Lösung der anstehenden Aufgaben fähig ist.

Den Universitäten selbst muß ein angemessenes und praktikables Ordnungsrecht zur Verfügung gestellt werden. Die CDU sieht es als eine ihrer Aufgaben an, notorischen Rechtsbrechern und Verfassungsfeinden an den Universitäten die Grundlage ihres Wirkens zu entziehen. Dazu gehört auch, diesen keine öffentlichen Geldmittel zukommen zu lassen. Eine Landesregierung der CDU wird zum Mittel des Verbots verfassungsfeindlicher Organisationen greifen. Zur Klärung der Verhältnisse an unseren Hochschulen empfiehlt sich ferner, für die Wahl der universitären Körperschaften generell die Briefwahl einzuführen. Dieser Schritt wird eine breitere Legitimation der entsprechenden Gremien sichern.

Auch an den hessischen Universitäten werden Berufungen und Ernennungen von akademischen Lehrern immer häufiger vom ideologischen Bekenntnis der Bewerber abhängig gemacht. Dies darf nicht länger geduldet werden. Für die CDU gibt es nur ein Kriterium für Neueinstellungen: fachliche und pädagogische Eignung. Um diesen Grundsatz durchführen zu können, dürfen die Entscheidungen an den Universitäten über Forschungs-, Prüfungs- und Berufungsfragen nur von solchen Personen getroffen werden, die sich entsprechend wissenschaftlich qualifiziert haben.

Die CDU legt größten Wert auf Mitwirkung und Mitbestimmung auch an der Universität. Nur muß diese nach Anteil und Kompetenz funktionsgerecht und nicht nach Paritätsdogmen gestaltet werden.

Soweit das Hessische Universitätsgesetz einer einseitigen Politisierung und Ideologisierung Vorschub leistet und die verfassungsmäßige Freiheit der Wissenschaft gefährdet, wird es die CDU aufheben. Dies gilt insbesondere für den berichtigten Einschüchterungs- und Denunziationsparagrafen 6.

10. Die Studienreform zum Abschluß bringen

Eine unsinnige "Reform der Hochschulorganisation" hat in den letzten Jahren von allen Beteiligten viel Kraft und Mühe gefordert. In diesem Bereich wollen wir die Änderungen jetzt

endlich zum Abschluß bringen. Dazu gehört auch, den Instituten und Seminaren als den eigentlichen Stätten der Lehre, des Lernens und der Forschung einen gesicherten Platz im Universitätsgesetz zu geben.

Wir sind der Ansicht, daß über den organisatorischen Fragen in den letzten Jahren die dringende Reform der Studienpraxis vernachlässigt wurde. Hier wollen wir einen Schwerpunkt setzen. Die Studiengänge müssen endlich übersichtlich gestaltet werden. Studien- und Prüfungsordnungen sind zu vereinfachen und zu straffen. Unnützer Ballast ist abzuwerfen. Zu einer zeitgemäßen akademischen Ausbildung gehört ferner eine Begrenzung der Studiendauer, auch, um den Numerus clausus zu mildern. Regelstudienzeiten sind im Zusammenhang mit der Studienreform festzusetzen.

Parallel zur Studienreform muß die studentische Sozialpolitik so ausgestaltet werden, daß der Student in der Regelzeit sein Studium abschließen kann. Die CDU hat hierfür ein Sofortprogramm vorgelegt.

Dem Ziel einer vernünftigen Studienreform und einer intensiveren Forschung dient unser Vorhaben, die Universitäten künftig in einen engeren Kontakt mit der Wirtschaft, mit der Verwaltung und mit anderen außeruniversitären Einrichtungen zu bringen.

11. Durch regional ausgewogene und bedarfsgerechte Schaffung neuer Studienplätze den Numerus clausus entschärfen

Eine von der CDU gebildete Regierung wird die vorhandenen Universitäten des Landes ausbauen und durch Fachhochschulen entlasten. Sie wird sich dabei am langfristigen Bedarf orientieren, um Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Die neu gegründete Gesamthochschule Kassel war bisher nicht in der Lage, die übrigen hessischen Hochschulen zu entlasten, da der hessische Kultusminister seine großen Investitionsversprechungen zu einem nur geringfügigen Teil eingehalten hat.

Eine von der CDU geführte Landesregierung wird langfristig den Ausbau der Gesamthochschule Kassel auf eine Endkapazität von 14 000 Studenten ermöglichen und die Fachhochschule Fulda auf eine Endkapazität von 8 000 Studenten auslegen.

Gleichzeitig müssen die vorhandenen Universitäten in Frankfurt, Darmstadt, Gießen und Marburg dem langfristigen Bedarf entsprechend fertiggestellt werden.

Wie kaum an einer anderen Stelle zeigt sich bei dem enormen Finanzbedarf in der Hochschulpolitik, daß solche Reformvorhaben erst angegangen werden können, wenn die Stabilität wiedergewonnen ist, denn anderenfalls wird der Staat nicht die Investitionsmittel und laufenden Kosten besitzen, um neue Studienplätze zu schaffen.

Die gegenwärtigen Zulassungsbeschränkungen können zum Teil auch durch folgende Maßnahmen entschärft werden:

- Rationalisierung des Hochschulbetriebes. Die CDU wird hierfür eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchführen.
- Ausbau praxisbezogener Ausbildungen für Abiturienten.
- Erschließung gleichwertiger Studiemöglichkeiten im Ausland.

B. Wirtschafts-, Struktur- und Verkehrspolitik

Mehr Sicherheit und Lebensqualität für Hessen

Der Bestand unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, Lebensstandard und Lebensqualität hängen von einer sachkundigen und ausgewogenen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik ab.

Die CDU wird den erfolgreichen Weg der sozialen Marktwirtschaft fortsetzen. Diese garantiert wie kein anderes System für den einzelnen wirtschaftlichen Aufstieg bei größtmöglicher individueller Freiheit und sozialer Absicherung.

Eine wichtige Aufgabe des Staates ist es, für das Wirtschaftsleben einen allgemeinen Ordnungsrahmen zu setzen. Orientierung am Gemeinwohl, an den zivilisatorischen Zukunftsaufgaben und an strukturellen Bedürfnissen, Ausgleich der Gruppeninteressen und Bemühen um Stabilität und Krisenfestigkeit sind einige Merkmale erfolgreicher Wirtschaftspolitik.

Notwendige Eingriffe des Staates müssen am Gedanken der sozialen Marktwirtschaft und damit an der Erhaltung und Sicherung des Wettbewerbs, nicht an der Idee des Klassenkampfes oder der Sozialisierung ausgerichtet sein, wie dies starke Kräfte auch in der hessischen SPD mehr und mehr wollen. Investitionskontrollen, Verstaatlichung von Produktionsbereichen und Bedürfnisplanung für jeden einzelnen Bürger, lehnt die CDU als "Alternativen" zur sozialen Marktwirtschaft ab. Sie würden für den einzelnen Unfreiheit, wirtschaftlichen Rückschritt und geringeren Lebensstandard zur Folge haben.

1. Gezielte Strukturpolitik garantiert Arbeitsplätze

Die Sicherheit der Arbeitsplätze ist nicht zuletzt von der richtigen Strukturpolitik abhängig. Diese muß Struktur Nachteile für bestimmte Regionen und Gruppen beseitigen. Nur so lassen sich auf Dauer Sicherheit und Qualität der Arbeitsplätze in ganz Hessen erhalten. Die CDU tritt in diesem Zusammenhang für das Recht der Bürger auf einen Arbeitsplatz in nächster Nähe ihrer Wohnorte.

Als industrielles Kernland in der Mitte Deutschlands bietet Hessen im besonders günstig gelegenen Ballungsgebiet "Rhein-Main" sehr gute Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. Das explosionsartige Ansteigen der Bevölkerungsdichte brachte jedoch gleichzeitig eine Fülle von Umwelt-, Wohn- und Verkehrsproblemen mit sich, die das menschliche Zusammenleben zunehmend erschweren.

In den ländlichen Räumen ist dagegen die natürliche Umwelt weitgehend intakt. Hier müssen - besonders in Nord-Ost, aber auch in Teilen Mittelhessens - die Arbeitsmöglichkeiten und Einrichtungen der Infrastruktur verbessert werden. Dadurch

wird die Abwanderung der Menschen aus diesem Raum in die Ballungsgebiete verhindert.

Inzwischen stehen weite Gebiete vor der Gefahr allmählicher Auszehrung. Die unzureichenden Infrastruktureinrichtungen wiederum erschweren die Ansiedlung der benötigten neuen Betriebe und die Zuziedlung von Arbeitnehmern.

Eine CDU-Landesregierung wird mit einer modernen Strukturpolitik diese Probleme gemeinsam mit der Wirtschaft und im Zusammenwirken mit allen Beteiligten lösen. Wohnen und Arbeiten müssen in allen Landesteilen attraktiv gemacht werden. Ein strukturpolitisches Vierjahresprogramm wird Maßnahmen für Nord- und Osthessen mit solchen für das Rhein-Main-Gebiet zu einem Gesamtkonzept verbinden:

- Das Rhein-Main-Programm soll im Ballungsgebiet am Menschen orientierte Strukturen schaffen. Modernste Technologie, ökologische und soziologische Erkenntnisse müssen die künftige Städte- und Raumplanung in diesem Gebiet bestimmen.
- Die CDU hat für Nord- und Osthessen und speziell für das Zonenrandgebiet ein Entwicklungsprogramm des Landes vorgelegt. Es soll die regionale Wirtschaftsförderung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern ergänzen. Weiterhin soll die Wirtschaftskraft der ansässigen Unternehmen gestärkt werden, wodurch die Arbeitsplätze gesichert werden. Die kulturellen und sozialen Möglichkeiten sind an die des Ballungsraums anzugleichen.

Es ist bezeichnend für die Konzeptionslosigkeit der bisherigen Regierung, daß sie in ihrem Landesentwicklungsplan einen immer stärkeren Abfall in den schon jetzt benachteiligten Gebieten nicht nur in Kauf nimmt, sondern sogar in Zahlen fortschreibt.

Strukturpolitik für Ost- und Nordhessen erfordert aber auch regionale Differenzierung der Konjunkturpolitik. Konjunkturerinbrüche setzen nämlich in Nord- und Osthessen eher ein als im Rhein-Main-Gebiet. Konjunkturelle Erholungen dagegen beginnen später und sind in der Regel nicht so kräftig. So kann die Strukturpolitik bei undifferenzierter Anwendung des Stabilitätsgesetzes schwere Rückschläge erleiden.

Um solche Folgen zu verhindern, haben die CDU-regierten Länder im Bundesrat eine regionale Differenzierung der Konjunkturpolitik vorgeschlagen. Während eines Konjunkturaufschwungs muß die Gegensteuerung in Nord- und Osthessen abgemildert, während einer Rezession müssen die stimulierenden Kräfte verstärkt werden. Eine CDU-Landesregierung wird dafür sorgen, daß die entsprechende Gesetzesinitiative der CDU-Länder endlich durchgesetzt wird.

2. Die Finanzpolitik muß zur Stabilität beitragen

Stabilität des Geldwertes ist die wichtigste Voraussetzung für eine stabile Wirtschafts- und Sozialpolitik. Steigende Preise benachteiligen Sparer, Rentner und Bezieher fester Einkommen und schaffen dadurch zusätzliche soziale Spannungen. Steigende Kosten gefährden besonders bei Konjunkturrückgang die Arbeitsplätze.

Länder- und Gemeindehaushalte sind aufgrund ihres hohen Personalkostenanteils von der inflationären Entwicklung besonders betroffen. Eine Landesregierung der CDU wird daher die Interessen des Landes auch gegenüber der Bundespolitik energisch vertreten. Den Ländern steht ein stärkerer Einfluß auf die Stabilitätspolitik des Bundes zu.

Die CDU wird den kommunalen Finanzausgleich neu ordnen und dafür sorgen, daß die den Gemeinden zufließenden Mittel von ihnen in eigener Verantwortung ausgegeben werden können. Hierzu muß ein Finanzstatus für Bund, Länder und Gemeinden erstellt werden, damit die Finanzen aufgabengerecht verteilt werden können. Sie sind aufgrund dieser Bestandsaufnahme neu zu ordnen.

3. Die öffentlichen Personalausgaben begrenzen

In der Verwaltung des Landes Hessen ist die Zahl der Stellen seit 1961 um über 90 % angewachsen. Dadurch werden heute 43 % der Haushaltsmittel des Landes Hessen für Personalausgaben verwendet. Das bedeutet, daß der Steuerzahler heute mehr als das Vierfache als 1961 an Personalkosten finanzieren muß. Allein von 1970 bis 1974 stiegen die Personalkosten um 87 %.

Eine CDU-Landesregierung wird mit dieser ständigen Stellenausweitung Schluß machen. Sie wird alle Gesetze, Verordnungen und andere Maßnahmen in Hinblick auf die personellen Folgekosten überprüfen. Sie wird auch keine weiteren Arbeitszeitverkürzungen befürworten. Vielmehr muß die vorgefundene Personalstruktur des öffentlichen Dienstes gestrafft und rationalisiert werden. Notfalls ist ein Einstellungsstopp zu verfügen, um eine weitere Stellenexplosion zu vermeiden. Der öffentliche Dienst darf in Zukunft auch nicht mehr dafür verwandt werden, politischen Freunden und Sympathisanten feste und sichere Posten zu verschaffen, wie dies unter der Herrschaft der SPD eingerissen ist. Wenn nicht die Qualifikation, sondern das Parteibuch für die Einstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst maßgebend ist, wird die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung gemindert. Die CDU wird die Leistung zum Maßstab beruflichen Fortkommens im öffentlichen Dienst machen.

4. Die Energieversorgung Hessens unabhängiger machen

In unserer hochtechnisierten Industriegesellschaft hängt das Tempo des wirtschaftlichen Aufstiegs und damit die Verbesserung des Lebensstandards und der Lebensqualität wesentlich von einer ausreichenden, sicheren und preisgünstigen Versorgung mit Energie ab. Energiepolitik in und für Hessen heißt in erster Linie: sichere Versorgung in allen Landesteilen, Preiswürdigkeit der Energieversorgung und geringstmögliche Umweltbeeinflussung. Gute Energiepolitik ist gleichzeitig für eine wichtige Verbesserung der regionalen und sektoralen Wirtschaftsstruktur wesentlich.

Obwohl der Verbrauch an Energie in Hessen im Verhältnis zum übrigen Bundesgebiet überdurchschnittlich anwächst, wird in Hessen nur 57 % des verbrauchten Stroms im Land erzeugt. Nur 36 % des hessischen Mineralölverbrauchs wird durch die einzige im Land liegende Raffinerie gedeckt, die einen Anteil von nur 3,6 % an der Gesamtraffineriekapazität der Bundesrepublik Deutschland hat. Die verbrauchte Gasmenge wird fast vollständig aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland geliefert. Die strukturschwachen Gebiete Hessens sind bei Gas nur teilweise und bei Mineralölprodukten überhaupt nicht an das Leitungsnetz angeschlossen.

Eine Landesregierung der CDU wird unverzüglich ein auf neueste Prognosen begründetes Energieprogramm vorlegen. Darin werden die erforderlichen Standorte für neue Kraftwerke und Kernkraftwerke ausgewiesen. Dabei ist vor allem auch der Nachholbedarf der strukturschwachen Gebiete zu berücksichtigen, wobei neueste Umwelttechniken zu beachten sind. Die CDU wird alle Maßnahmen fördern, die die regionale und örtliche Stromversorgung verbessern und sichern.

5. Fortschrittliches Verkehrskonzept verwirklichen

Die CDU will Hessen besser als bisher an das europäische Verkehrsnetz anschließen. Das bedeutet vor allem verstärkten Ausbau der Ost-West-Verbindungen bei Straße und Schiene. Daher wird sich die CDU besonders für den Ausbau der Strecken mit übergeordneter Bedeutung wie z.B. der A 80 als Teilstück der Verbindung Ruhrgebiet, Rhein-Main-Gebiet, Osthessen einsetzen. Gleiches gilt für die Verbindungen von Koblenz über Gießen nach Fulda und für den Anschluß Kassels an das Ruhrgebiet.

Bei den Eisenbahnstrecken wird sich die CDU ebenfalls für die Verbesserung der Ost-West-Verbindungen, insbesondere für den Anschluß Kassels an das Ruhrgebiet, einsetzen.

Für die Entwicklung der ländlichen Räume ist der Anschluß an die Ballungsgebiete ebenso wichtig wie die Verkehrsverbindungen von den kleineren Orten zu den Schwerpunkten. Eine Landesregierung der CDU wird dafür sorgen, daß bei allen Verkehrsvorhaben in diesen Gebieten das Erschließungsprinzip gegenüber dem Bedarfsprinzip stärker berücksichtigt wird. Sie wendet sich energisch gegen undurchdachte Stilllegungen von Nebenstrecken der Deutschen Bundesbahn sowie die unmotivierte Auflösung weiterer Stückgutbahnhöfe.

Die CDU unterstützt die Durchsetzung moderner Technologien im Verkehr, z.B. durch Entwicklung von geräusch- und abgasarmen Antriebsaggregaten sowie durch Erprobung neuer Verkehrssysteme für Großstädte, die die Vorteile des Individualverkehrs mit denen des Massenverkehrs verbinden.

Darüber hinaus treten wir im Raum Frankfurt/Wiesbaden/Mainz/Aschaffenburg für die Weiterentwicklung des S-Bahn-Systems ein. Es ist erforderlich, an dieses System die Naherholungsgebiete Taunus, Vogelsberg, Rhön, Spessart und Odenwald anzuschließen. Schnelligkeit, Zugfolge und Komfort müssen das S-Bahn-System so attraktiv machen, daß mehr Bürger als bisher bereit sind, den Weg zur Arbeit oder zur Erholung in Massenverkehrsmitteln zurückzulegen.

Daneben müssen die Landes- und Kreisstraßen so ausgebaut werden, daß von jeder Gemeinde in Hessen eine Autobahn oder eine andere mehrspurige kreuzungsfreie Verkehrsstraße in einer Fahrtzeit von höchstens 30 Minuten erreicht werden kann. Dazu gehören auch wichtige Brückenverbindungen wie die zwischen Kornsand und Oppenheim und die längst überfällige Brücke bei Geisenheim über den Rhein, deren infrastrukturelle Bedeutung die CDU besonders unterstreicht.

Für Infrastrukturmaßnahmen im Verkehrsbereich ist besonders viel Geld notwendig. Es wird nur vorhanden sein, wenn wirtschaftliche Stabilität gewährleistet ist. Deshalb weiß die CDU, daß ein bedarfsgerechtes Verkehrsprogramm eine Langzeitaufgabe ist, deren Erfüllung nicht für eine Legislaturperiode versprochen werden kann.

6. Im Wohnungsbau die Weichen neu stellen

Gutes und schönes Wohnen trägt wesentlich zum täglichen Wohlbefinden eines jeden Menschen bei. Der Staat hat die Aufgabe, diesem Bedürfnis nach Kräften Rechnung zu tragen. Leider wurden von der Hessischen Landesregierung wie auch von der Bundesregierung in den letzten Jahren die Weichen nicht so gestellt, wie dies im Interesse eines wirklich sozialen Wohnungsbaues notwendig gewesen wäre.

Die CDU Hessen schlägt vor:

- Mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau. In Zukunft sollen in geringerem Umfang als bisher die Bauvorhaben selbst, in größerem Umfang direkt die zuschubberechtigten Familien gefördert werden.
- Vermeidung von Fehl- und Unterbelegungen im sozialen Wohnungsbau. Hierzu ist eine bessere Verwaltung notwendig. Auf Bundesebene muß beschleunigt eine Regelung getroffen werden, die die Belegung von Sozialwohnungen gerechter macht.

- Verkauf öffentlicher Sozialwohnungen an kapitalschwache, kinderreiche und junge Familien durch monatliche Rentenzahlungen. Dieser Plan schafft Wohnungseigentum für breite Bevölkerungskreise und bringt der öffentlichen Hand zusätzliche Mittel für den Bau weiterer Sozialwohnungen.
- Bei der Bewerbung von jungen Familien um eine Sozialwohnung sollte in den ersten drei bis fünf Jahren nur ein Einkommen angerechnet werden, damit die jungen Familien diese besondere Phase der finanziellen Belastbarkeit leichter überbrücken können.
- Jungen Ehepaaren sind zur Gründung des Hausstandes billige Darlehen zu gewähren. Je nach späterer Kinderzahl kann die Rückzahlung teilweise oder ganz erlassen werden.
- Größere Kontrollmöglichkeiten der Mieter gegenüber den großen Wohnungsbaugesellschaften. Die Gemeinden müssen mehr als bisher auf ausreichende soziale Einrichtungen drängen, den Mietern sind von der Gesellschaft Mitsprache- und Kontrollrechte auf allen Ebenen einzuräumen.
- Beschleunigte Sanierung von Altbauwohnungen sowie älterer Stadt- und Gemeindeteile. Dabei wird die CDU darauf achten, daß das Grundeigentum möglichst breit gestreut bleibt.
- Ausnutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse über gesundes und soziales Wohnen und Bauen. Die moderne Bautechnik muß dafür sorgen, daß die Menschen wieder mehr "Nachbarn" zueinander sein können.

7. Programm für ausländische Arbeitnehmer

Der ungehinderte Zustrom ausländischer Arbeitnehmer in die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren zu erheblichen sozialen Spannungen geführt. Für den Zustrom ausländischer Arbeitnehmer sollten folgende Gesichtspunkte Beachtung finden:

- Der Anteil ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen darf in den einzelnen Städten und Regionen einen gewissen Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung nicht überschreiten.
- Die Bundesrepublik und die Heimatländer der Gastarbeiter müssen Anreize dafür schaffen, daß der größte Teil der ausländ. Arbeitnehmer nach einigen Jahren wieder in ihre Heimatländer zurückkehrt, weil sonst den Entwicklungsländern ausgerechnet die Schicht durch Auswanderung verlorengelht, die aufgrund ihrer bei uns gewonnenen Arbeitserfahrung wirtschaftlichen Aufschwung bringen könnte.
- Mit Mitteln der Entwicklungshilfe sollten verstärkt Investitionen in den Herkunftsländern der ausländischen Arbeitnehmer gefördert werden, um Arbeitsplätze in ihrer Heimat zu schaffen.

Für die ausländischen Arbeitnehmer, die sich entscheiden, länger in Deutschland zu bleiben, muß insbesondere

- die soziale Betreuung und Integration verstärkt werden,
- die Wohnsituation verbessert werden,
- die Schul- und Berufsbildung der Kinder gezielt gefördert werden,
- dem Mißbrauch ausländischer Arbeitnehmer wirksam begegnet werden.

8. Die Bedeutung der Landwirtschaft erkennen

Die Lage der Landwirtschaft ist gekennzeichnet durch zunehmenden Inflations- und Kostendruck, durch eine unbefriedigende Preispolitik in der europäischen Gemeinschaft, durch den nahezu unveränderten Einkommensrückstand im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen sowie durch die Chancengleichheit des ländlichen Raumes gegenüber den Ballungsgebieten. Die CDU betrachtet daher die landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik unverändert als den entscheidenden Schwerpunkt der Agrarpolitik. Sie wird sich dafür einsetzen, daß bei der Festsetzung der Agrarpreise die allgemeine Inflationsrate, die landwirtschaftliche Kostensituation und der Anstieg der Produktivität gleichermaßen berücksichtigt werden.

Ziele der Agrarstrukturpolitik der CDU sind neben der Verbesserung der Einkommenssituation die Bewahrung eines breit gestreuten Bodeneigentums, die Erhaltung der Kulturlandschaft sowie in Verbindung mit der Regionalpolitik die Weiterentwicklung des ländlichen Raums als lebendiger Wirtschafts-, Wohn- und Erholungsraum.

Nicht die Konkurrenz, sondern die Partnerschaft der Haupterwerbs-, der Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe bestimmt die strukturpolitischen Zielsetzungen der CDU. Für jede dieser Betriebsformen müssen gezielte Förderungsmöglichkeiten angeboten werden:

- Erhaltung und Entwicklung einer hinreichenden Zahl leistungsfähiger Haupterwerbsbetriebe durch ein flexibles, regional differenziertes und auch die Ausbildung des Landwirtes berücksichtigendes einzelbetriebliches Förderungsprogramm, gezielte Förderung der Grünlandbetriebe, wie im EG-Bergbauernprogramm vorgesehen. Bei weiterer Verzögerung wird sich die CDU dafür einsetzen, daß dieses Bergbauernprogramm auf nationaler Ebene in Gang kommt.

- Die CDU hält es für besonders wichtig, daß die Weiterführung landwirtschaftlicher Betriebe im Neben- oder Zuerwerb besonders gefördert wird. Sie hat daher in einem Entwurf für ein Gesetz zur Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Hessen gezielte Beihilfen zu arbeitserleichternden Betriebsorganisationen sowie Zuschüsse zum Aufbau und Anschluß an überbetrieblichen Maschineneinsatz und Erzeugergemeinschaften vorgesehen. Neben- und Zuerwerbsbetriebe spielen eine bedeutende Rolle im Bemühen, das um sich greifende Brachliegen weiter Landschaftsteile einzudämmen.
- Die Neben- und Zuerwerbstätigkeit ist ferner durch die Schaffung wohnortnaher und qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze sowie durch eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen im ländlichen Raum zu erleichtern. Die CDU wird im Rahmen ihrer regionalen Strukturpolitik diesem Problem besondere Aufmerksamkeit schenken.
- Die Flurbereinigung ist ein wirksames Instrument zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen. Werden die Landesmittel für die Gemeinschaftsaufgaben endlich voll bereitgestellt, dann ist die wichtige Voraussetzung für die ländliche Neuordnung in Hessen geschaffen. Darüber hinaus gibt es jedoch noch Fälle, in denen mehr getan werden muß.

Die hessische CDU wird deshalb die Durchführung der Flurbereinigung dann bis zu 100 % aus öffentlichen Mitteln finanzieren, wenn sie zur Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft einen besonderen Beitrag leistet, wenn sie die überbetriebliche Zusammenarbeit in den Selbsthilfeeinrichtungen wesentlich erleichtert und wenn die neu zu ordnenden Flächen in benachteiligten Gebieten liegen.
- Der ländliche Raum gewinnt gerade durch die Land- und Forstwirtschaft seinen besonderen Reiz als Freizeit- und Erholungsraum. Die hessische CDU wird deshalb die Errichtung von Fremdenzimmern oder Ferienwohnungen in landwirtschaftlichen Betrieben in Hessen fördern.
- Die hessische CDU wird zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben den Neu-, Um- und Ausbau von Wohngebäuden in Zu- und Nebenerwerbsbetrieben fördern.
- Eine gute Allgemein- und Fachausbildung ist Voraussetzung für die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und die berufliche Mobilität. Die Bewohner der ländlichen Räume müssen gleiche Bildungschancen erhalten. Die hessische CDU wird deshalb ein ausreichendes Angebot an Bildungseinrichtungen zur betrieblichen und überbetrieblichen Aus- und Weiterbildung in der Land-, Haus- und Forstwirtschaft gewährleisten.

- Auch im Interesse der Landwirtschaft liegt die Praktizierung des von der hessischen CDU wesentlich beeinflussten Landschaftspflegegesetzes. Die CDU wird dafür sorgen, daß der nach ihren Vorschlägen in diesem Gesetz vorgesehene Einkommensausgleich für die Landwirte, die ihren an sich unrentablen Betrieb im Interesse der Landschaftspflege - und damit der Allgemeinheit - weiterbewirtschaften, endlich gezahlt wird.

Agrarpolitik heißt für die CDU auch, gesunde und qualitativ hochwertige Ernährung zu fördern und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung in unserem Land und in der Europäischen Gemeinschaft zu sichern. Die CDU bejaht den gemeinsamen Agrarmarkt. Sie hält es aber für unbedingt erforderlich, daß die hierfür von unserer Landwirtschaft erbrachten Vorleistungen nicht umsonst waren, sondern durch intensivere Bemühungen um ein gemeinsames Europa baldmöglichst gerechtfertigt werden.

9. Mittelständische Wirtschaft und freie Berufe fördern

Ohne mittelständische Unternehmen und freie Berufe gibt es keine soziale Marktwirtschaft. Mittelständische Unternehmen beleben den Wettbewerb durch Einfallsreichtum und Wendigkeit. Durch die Vielzahl von Wahlmöglichkeiten, die sie hinsichtlich Qualität, Service und anderer Leistungen ihren Abnehmern bieten, erweitern sie deren Freiheitsspielraum.

Der mittelständischen Wirtschaft in Handel, Handwerk, Gewerbe einschließlich Fremdenverkehrsgewerbe und Industrie ist jede Unterstützung zu gewähren, die geeignet ist, ihre Startposition denen der Großunternehmen anzugleichen und gleiche Chancen herzustellen.

Die CDU hat ein Mittelstandsförderungsgesetz vorgelegt. Ziel dieses Gesetzes ist es, die Leistungskraft mittelständischer Unternehmen zu steigern und sie zu befähigen, sich im marktwirtschaftlichen Wettbewerb zu behaupten und diesen zu beleben sowie die regionale und sektorale Wirtschaftsstruktur zu verbessern.

Die CDU will damit

- eine wesentliche Verbesserung der Kapitalbeschaffung für die Gründung selbständiger Existenzen, für den Eintritt in neue Märkte, für die Vergrößerung der Betriebe, für die Einführung neuer Produkte und neuer Verfahren und für die Erschließung neuer Absatzmärkte;
- eine Förderung jeder Art von Zusammenarbeit der mittelständischen Unternehmen, die den Wettbewerb nicht beeinträchtigt: gemeinsame Forschungsprojekte, gemeinsame Rationalisierungsvorhaben (Datenverarbeitung), gemeinsame Übernahme von Großaufträgen;

- stärkere Berücksichtigung der mittelständischen Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Die CDU ist sich der Bedeutung der mittelständischen Unternehmen für das Wirtschaftsleben und für die Steuerkraft der Kommunen bewußt. Sie wird dafür sorgen, daß bei Neuansiedlungen, Konzessionsvergaben, Grundstücksverkäufen und ähnlichem große Unternehmen nicht bevorzugt werden, zumal die Steuerkraft vieler kleinerer und mittlerer Betriebe der eines Großunternehmens gleichzusetzen ist.

Die CDU anerkennt die Leistung des Mittelstandes und wünscht den Fortbestand von Ausbildungsplätzen für eine qualifizierte Berufsausbildung in mittelständischen Unternehmen.

C. Mensch, Arbeit und Gesellschaft

Soziale Verpflichtung

Jede Gemeinschaft hat einen sozialen Auftrag. Für die CDU steht an der Spitze der Ziele sozialer Ausgleich und soziale Hilfeleistung.

Deshalb malt die CDU der hessischen Bevölkerung kein rosarotes Paradies aus. Sozialer Fortschritt ist nur auf der Grundlage politischer und wirtschaftlicher Stabilität möglich.

Soziale Marktwirtschaft heißt auch, wirtschaftlich Schwache zu schützen und einzelne Gruppen und Organisationen nicht übermächtig werden zu lassen. Soziale Marktwirtschaft bedeutet daher auch, den Arbeitnehmern rechtlich, verdienstmäßig und sozial ein immer höheres Niveau zu bieten. Dieses Ziel vor Augen hat die CDU in den letzten 25 Jahren den Arbeitnehmern einen beispielhaften Aufstieg ermöglicht.

Die Arbeitnehmer haben in letzter Zeit die Erfahrung machen müssen, daß durch die sich beschleunigende Inflation immer mehr Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Da die Inflationsrate weiter ansteigt, befürchten viele Arbeitnehmer, in den Sog der Kurzarbeit zu geraten bzw. ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Für diese Situation tragen die SPD/FDP-Regierungen in Bonn und Wiesbaden die Hauptverantwortung.

1. Soziale Arbeitswelt verwirklichen

Sichere Arbeitsplätze sind Voraussetzung dafür, daß alle Menschen am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt teilnehmen.

Die CDU wird Arbeitsplätze und industrielle Entwicklung so fördern, daß in allen Landesteilen ein möglichst breit gestreutes Angebot an qualitativ hochwertigen, zukunftsorientierten Arbeitsplätzen zur Verfügung steht.

Die CDU wird mit ihrer Politik

- eine ständige Arbeitsmarktkonferenz ins Leben rufen, die sich mit den sozialen Problemen des technischen und strukturellen Wandels befaßt und an ihrer Arbeit alle betroffenen Gruppen beteiligt,
- ein Berufsförderungsprogramm erstellen,
- die berufliche Umschulung dort fördern, wo sie sich für den einzelnen Arbeitnehmer als notwendig erweist,
- die berufsbezogene Erwachsenenbildung besonders fördern,
- das im Land Hessen bestehende starke wirtschaftliche und soziale Gefälle gezielt verringern,

- mit Hilfe eines auszubauenden werksärztlichen Dienstes im Rahmen der Arbeitsmedizin den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz mit dem Ziel einer humanen Arbeitswelt in Betrieben und Verwaltung verbessern,
- die Interessen älterer Arbeitnehmer verstärkt fördern,
- schnelleren Rechtsschutz durch personelle Verstärkung der Arbeits- und Sozialgerichte gewährleisten,
- einen Bildungsurlaub einführen, der es allen Arbeitnehmern ermöglicht, sich beruflich und politisch weiterzubilden.

Für die CDU ist die Vermögensbildung der Arbeitnehmer ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaftspolitik. Alle unselbstständig Tätigen (Arbeitnehmer) sollen ebenso wie die selbstständig Tätigen persönliche Miteigentümer am Produktionsvermögen werden und über ihr Eigentum frei verfügen können.

Für den Erwerb dieses Eigentums erhält jeder Arbeitnehmer zusätzliches Einkommen, und zwar entweder als Beteiligungslohn oder als investive betriebliche Gewinnbeteiligung.

Bei der Vermögensbildung sollen keine zentralen anonymen Fonds geschaffen werden. Jeder Arbeitnehmer soll frei darüber entscheiden, wo und wie er sein Geld anlegt.

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb ist Ausdruck christlich-sozialen Gedankenguts und eine Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen die gleichberechtigte Kooperation der im Unternehmen tätigen Kräfte, denn die Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilhabe an den Entscheidungen, die die Bedingungen für seine Arbeitswelt setzen. Die CDU wird sich daher für ein neues Unternehmensrecht im Sinne der Hamburger Beschlüsse der CDU einsetzen.

Die CDU tritt für die Errichtung von Arbeitskammern ein, die der Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belange aller Arbeitnehmer dienen sollen.

2. Die Gleichstellung der Frau in Gesellschaft und Beruf vorantreiben

Die Gleichstellung der Frau im Arbeitsleben ist seit langem rechtlich, aber noch nicht tatsächlich erreicht. Die arbeitstätige Frau muß die gleichen Chancen haben wie der Mann. Das betrifft Ausbildung, Aufstiegschancen und Bezahlung. Neben der Abstellung aktueller Mißstände (z.B. Leichtlohngruppen) wird die CDU sich darum bemühen, den Prozeß der beruflichen Gleichberechtigung der Frau zu beschleunigen.

Die CDU wird dafür sorgen, daß Wirtschaft und öffentliche Hand für die Frau mehr als bisher planmäßig langfristige Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen. Deshalb sollten vermehrt Teilzeitarbeitsplätze in Wohnnähe geschaffen werden.

Die CDU fordert im einzelnen:

- In der Erziehung, Bildung und Ausbildung darf nicht nach Geschlechtern unterschieden werden, sondern nach der individuellen Eignung und Veranlagung.
- Die Information - auch der Eltern - über die Wahlmöglichkeiten und die Notwendigkeit einer guten Schul- und Berufsausbildung der weiblichen Jugend muß verbessert werden.
- Es müssen verstärkt Lehrberufe für weibliche Arbeitnehmer geöffnet werden.
- In überbetrieblichen Lehrwerkstätten müssen von Anfang an Lehrberufe für Mädchen berücksichtigt werden.
- Von einer bestimmten Anzahl von weiblichen Arbeitskräften an sollen die Firmen verpflichtet werden, Kinderhorte und Kindergärten zu errichten.
- Die Möglichkeit, die Tätigkeit einer "Tagesmutter" als Beruf auszuüben, ist zu eröffnen.

Die CDU wird sich für einen Bildungsurlaub auch für Hausfrauen einsetzen. Sie hält die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter für ebenso förderungswert wie den Einsatz der Frau im allgemeinen Berufsleben. Die Aufgabe der Hausfrau und Mutter ist insbesondere gegenüber unseren Kinder von unschätzbare Bedeutung.

Die CDU setzt sich weiterhin für eine starke und soziale Sicherstellung der Familie ein. Eine CDU-Landesregierung wird daher folgende familienpolitische Maßnahmen befürworten:

- Finanzieller Ausgleich (Erziehungsgeld für die Mutter) während der ersten drei Lebensjahre eines Kindes.
- Erziehungs- und Kindergeld müssen dynamisiert werden, d.h. mit den Lebenshaltungskosten steigen.
- Anrechenbare Ausfallzeiten bei der Kindererziehung - "Hausfrau" muß als vollwertiger Beruf anerkannt werden.
- Ausbau der Beratungsstellen für junge Familien sowie für Eltern mit schwererziehbaren Kindern.
- Ausbau der Freizeit- und Erholungsstätten für Familien.
- Familiengründungsdarlehen für junge Familien sowie vorrangige Förderung von bedarfsgerechten Wohnungen (Familienheim).

3. Der Jugend bessere Chancen geben

Die CDU sieht in der Jugend ihren wichtigsten Partner bei der Gestaltung der Gemeinschaft von morgen. Was wir heute nicht an sozialem Engagement für unsere Jugend aufbringen, werden wir morgen büßen müssen. Das gilt für den Jugendarbeitsschutz ebenso wie für die Berufsbildungspolitik, für die Jugendhilfe in gleicher Weise wie für die Jugendgesundheitspflege.

Die CDU ist der Ansicht, daß es gilt, die Anforderungen der Arbeit und der Arbeitsumwelt der Leistungsfähigkeit des Jugendlichen anzupassen. Die CDU fordert eine Verstärkung der Gewerbeaufsicht besonders in Klein- und Mittelbetrieben und in ganz Hessen entsprechende Information für Eltern und Jugendliche.

Rascher gesellschaftlicher Wandel, zunehmender Wohnungs- und Schulwechsel, Einschränkung des Bewegungsraumes insbesondere in den Städten sowie eine Fülle schädlicher Umwelt- und Milieueinflüsse erschweren heute die Erziehung. Viele Eltern sind deshalb bei der Erfüllung ihrer Erziehungsaufgabe verunsichert. Hier kann nur langfristig Abhilfe geschaffen werden. Eine CDU-Landesregierung wird ein Programm erstellen, das unter anderem umfassen muß:

- eine ausreichende Zahl an Jugendausbildungs- und Jugendfreizeitstätten,
- gezielte Hilfestellungen für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendhilfe,
- eine Reform der Heimerziehung, die heilpädagogisch ausgerichtete Heime für Kinder und Jugendliche schafft, damit wir von den reinen Bewahrheimen wegkommen,
- mehr Einrichtungen zur Beratung und Behandlung von Rauschgift- und Drogenkranken,
- Erziehungsberatungsstellen, Jugend- und Familienberatungsstellen in ganz Hessen, insbesondere in strukturschwachen ländlichen Gebieten,
- Beratungsstellen für werdende Mütter und Mütter mit Kleinkindern.

4. Behinderte in die Gesellschaft eingliedern

Den körperlich, geistig und seelisch behinderten Bürgern unseres Landes gehört unsere besondere Fürsorge und Hilfe. Sie müssen mit medizinischen, schulischen und sozialen, aber auch mit beruflichen Maßnahmen unterstützt werden. Das Zusammenwirken dieser verschiedensten Unterstützungsmethoden soll Beeinträchtigungen weitgehend ausgleichen, Selbständigkeit

und körperliches Leistungsvermögen fördern und den Behinderten die Eingliederung in Gesellschaft und Beruf ermöglichen.

Folgende Maßnahmen sind für Behinderte notwendig:

- allgemeine intensive Vorsorgeuntersuchungen (einschließlich der Vorgeburt-Diagnostik) für Säuglinge u. Kleinkinder; Frühbehandlung von Schäden.
- vorschulische Erziehung in Kindergärten sowie Erziehung und Ausbildung in Sonderschulen,
- behindertengerechte Berufsausbildung Jugendlicher bzw. Umschulung Erwachsener,
- ein Netz von Werkstätten für Behinderte (Tagesstätten),
- Pflege und Betreuung von Schwerbehinderten,
- geeignete Wohnungen, Wohnheime und Erholungsheime,
- behindertengerechte Verkehrsmittel.

Zur Koordinierung aller Maßnahmen fordert die hessische CDU einen Landesausschuß für das Rehabilitationswesen sowie die Erstellung eines Landesbehindertenplanes für Hessen.

Nach Ansicht der hessischen CDU verdienen die Kriegsgopfer unsere besondere Aufmerksamkeit. Sie wird sich daher dafür einsetzen, daß die Kriegsgopferversorgung in der Bundesrepublik Deutschland mit der allgemeinen Sozialentwicklung Schritt hält und ihren entsprechenden Stellenwert innerhalb der Behindertenbetreuung beibehält.

5. Politik für unsere alten Menschen

Der Anteil unserer älteren Bürger an der Gesamtbevölkerung wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Daher ist es notwendig, den Menschen für das Alter besser vorzubereiten. Damit wird ihm eine bessere Möglichkeit zur aktiven Beteiligung am gesellschaftlichen Leben gegeben.

Die CDU will

- den alten Menschen die eigenständige Lebens- und Haushaltsführung möglichst lange erhalten,
- die Altenberatungsstellen zur Orientierungshilfe in allen Lebenslagen im ganzen Lande ausbauen,
- die Altenwohnungen und Altenwohnheime als Alternativen zum herkömmlichen Altenheim verstärkt fördern und Altenpflegeheime mit Vorrang verwirklichen,

- die ambulante Altenhilfe, besonders durch Errichtung von Sozialstationen, weiter ausbauen,
- wie in der Gesundheitsfürsorge, so auch in der Altenbetreuung die Arbeit der freigemeinnützigen Einrichtungen tatkräftig unterstützen.

Ferner wird die CDU die wissenschaftliche Erforschung des Alterns (Gerontologie) und der Alterskrankheiten (Geriatric) an unseren Hochschulen vorantreiben und mindestens je einen Lehrstuhl für beide Disziplinen in Hessen errichten. Sie wird ein umfassendes und regional abgestuftes Netz von Tagesheimkliniken für Alterskrankheiten aufbauen und auch Ausbildungsplätze für spezielles Pflegepersonal schaffen. Die Arbeitgeber unseres Landes müssen dazu angehalten werden, den älteren Menschen mehr als bisher als vollwertige Arbeitskraft anzuerkennen. Im sozialen Dienstleistungsbereich, z.B. in der leichten Kranken- und Schwerbeschädigtenhilfe, in der Gefangenenfürsorge usw., müssen ältere Menschen mehr als bisher freiwilligen, aber entlohnten Beschäftigungsmöglichkeiten nachgehen können.

6. Vertriebe und Flüchtlinge nicht vergessen

Die Belange der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler bedürfen bei der Landesregierung einer vollständigen Erfassung und besonderen Betreuung unter einem für dieses Aufgabengebiet zu berufenden Staatsbeauftragten.

Einem von der Bundesregierung beabsichtigten Schlußgesetz im LAG-Recht wird eine CDU-Landesregierung im Bundesrat die Zustimmung versagen, da ein solcher Abschluß vor einer friedensvertraglichen Regelung dem Menschenrecht widersprechen würde.

Die Ostkunde, die in den Bildungsplänen im Unterricht nur unzureichend angesprochen war, wird in den neuen "Rahmenrichtlinien" durch die Streichung der Fächer Geschichte und Erdkunde noch weiter reduziert. In den wenigen Fällen, in welchen ostkundliche Themen angesprochen werden, wird das Problem der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in einer verfälschenden Geschichtsklitterung interpretiert. Eine CDU-Landesregierung wird dafür sorgen, daß in den Bildungsplänen die Ostkunde entsprechend dem Karlsruher Urteil zum Grundvertrag berücksichtigt wird und damit der gesamtdeutschen Verpflichtung Rechnung tragen.

D. Recht, Sicherheit und öffentliche Verwaltung

Den inneren Frieden schützen

Es ist Aufgabe des Staates, öffentliche Sicherheit und inneren Frieden zu gewährleisten. Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen sowie jeder politische Fortschritt hängen davon ab, ob der Staat diese Pflicht erfüllt. Daher fordern die Bürger mit Recht, daß die politisch Verantwortlichen diese Pflicht des Staates auch ernstnehmen. Umgekehrt kann der Staat seine Aufgabe nur dann wahrnehmen, wenn Justiz und Polizei das Vertrauen der Bürger genießen. Die große Mehrheit in einem Volk muß davon überzeugt sein, daß das Recht und die staatliche Gewalt, die das Recht wahrt und durchsetzt, legitim sind. Sie sind dadurch gerechtfertigt, daß sie den Interessen der Gesamtheit und damit auch der Existenz jedes einzelnen dienen. Damit diese Überzeugung aufrecht erhalten bleibt, müssen die hergebrachten Rechtsgrundsätze gefestigt und das Geschichtsbewußtsein gepflegt werden, das den einzelnen die Zusammengehörigkeit, Verbundenheit und gegenseitige Abhängigkeit aller - in einem Gemeinwesen mit gleicher Vergangenheit Lebenden - deutlich macht.

Leider sind öffentliche Sicherheit und innerer Frieden heute keine Selbstverständlichkeiten mehr. In der Verantwortung stehende Politiker der SPD drücken sich nur allzu oft vor dieser Aufgabe. Nachlässigkeit, absichtlich lasche Haltung, überzüchtetes Verständnis für Gesetzesbrecher und Gesetzesänderungen, die der Polizei das rasche und wirksame Eingreifen erschweren, sind Kennzeichen einer bedrohenden Entwicklung. Eine von der CDU gebildete Regierung wird die wichtige Aufgabe, innere Sicherheit zu gewährleisten, sehr viel ernster nehmen. Wir wissen, daß die Erhaltung eines größtmöglichen Freiheitsraumes des einzelnen und bessere Lebensbedingungen aller entscheidend von dieser inneren Sicherheit abhängen.

Wenn die Bedrohung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates es erfordert, wird eine von der CDU gebildete Regierung radikale politische Gruppen verbieten. Nur ein Staat, der bereit ist, die Grundsätze, auf denen er beruht und damit sich selbst wirksam zu verteidigen, kann persönliches Engagement seiner Bürger für das allgemeine Wohl erwarten.

1. Anwachsende Kriminalität bekämpfen

In den vergangenen zehn Jahren hat die Zahl der Straftaten in Hessen um 65 % zugenommen und einen beängstigend hohen Stand erreicht. Auch im Jahre 1973 stieg die Zahl der schweren Delikte im Vergleich zum Vorjahr weiter an (z.B. bei Totschlag um 35 %, bei Notzucht um 12,5 % und bei Rauschgiftdelikten um 12,4 %). Der minimale Rückgang aller erfaßten Delikte um 0,6 % zeigt deutlich, daß die Bevölkerung bei kleineren Diebstählen usw. wegen der geringen Aufklärungschancen immer mehr auf die Meldung bei der Polizei verzichtet. Dadurch steigt die "Dunkelziffer" ständig. So lag 1972 die Kriminalität in Hessen um 0,4% über dem Bundesdurchschnitt, die Aufklärungsquote jedoch deutlich darunter (39,9% in Hessen, 46,5% im Bund).

Eine Landesregierung der CDU wird das Verbrechen zweigleisig bekämpfen. Soziale Vorbeugemaßnahmen auf der einen Seite und auf der anderen Seite hartes Vorgehen gegen die Gewaltkriminalität müssen sich gegenseitig ergänzen.

Im gesellschaftspolitischen Bereich arbeiten wir darauf hin,

- daß in der öffentlichen Meinung die Achtung vor der Unverletzlichkeit und den Persönlichkeitsrechten der Mitbürger gefördert wird. Gesetzesbruch und Verherrlichung von Gewalt dürfen nicht entschuldigt oder relativiert werden.

Vor allem die Massenmedien, die Schulen und Hochschulen, die Kirchen und die Verbände sind hier zur Mithilfe aufgerufen;

- daß das Ansehen der Justiz und der Polizei keinen Schaden leidet. Bessere personelle, finanzielle und materielle Ausstattung werden hierzu beitragen. Ebenso aber ist es notwendig, bürokratische Behinderungen der Arbeit dieser Staatsorgane abzubauen. Ferner müssen Richter und Polizei vor böswilligen Verleumdungs- und Terroraktionen durch politische Gruppen wirkungsvoller als bisher geschützt werden. Dazu ist vor allem die notwendige Rückendeckung durch die verantwortlichen Politiker erforderlich;
- daß durch gezielte soziale Hilfe Stellungen für gefährdete Familien und jugendliche Straftaten im Ansatz verhindert werden. Wie wichtig Jugendarbeit auf diesem Gebiet ist, zeigt der hohe Anteil der Minderjährigen bei Straftaten (z.B. bei Diebstahl 44 %, bei Rauschgiftdelikten 49 %);
- daß im Strafvollzug die Chancen für die Wiedereingliederung in die Gesellschaft gezielt verbessert werden, ohne den Strafzweck zu gefährden. Die Maßnahmen dürfen nicht auf Besserungswillige und Unverbesserliche gleichermaßen verteilt werden. Besserungswillige müssen frühzeitig gefördert werden. Erfolge bei der Wiedereingliederung sollen dann zu verstärkter Förderung führen;
- daß Opfer von Straftaten gegen Leib und Leben gesetzlich entschädigt werden.

Im Bereich der direkten Bekämpfung der Kriminalität wird sich die hessische CDU besonders dafür einsetzen:

- daß die Strafandrohungen bei Verstößen gegen die körperliche Unversehrtheit und Freiheit des Bürgers verschärft werden;
- daß die Bürger wirksamer vor politischer Kriminalität (unerlaubte und gewalttätige Demonstrationen, Sprengstoffanschläge, physischer oder psychischer Terror gegen Einzelpersonen oder Gruppen) geschützt werden. Die Landesregierung mußte jetzt dem jahrelangen Mahnen der Opposition recht geben, daß gewalttätige Organisationen dann immer stärker und schlagkräftiger werden, wenn man sie unter dem Schutz einer falsch verstandenen Liberalität ungeschoren läßt. Besonders die Verhältnisse in Frankfurt bedürfen der

schnellen Änderung. Hierzu gehört auch ein wirksames Ordnungsrecht für Hochschulen;

- daß Rauschgifthändler wirksam daran gehindert werden, das Leben junger Menschen zu ruinieren;
- daß durch verstärkte personelle Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden auch mit Wirtschaftsfachleuten die Wirtschaftskriminalität wirksamer bekämpft und damit Schaden von den einzelnen Bürgern, aber auch von der Volkswirtschaft abgewehrt wird
- daß straffällig gewordene Ausländer in strenger Anwendung der bestehenden Gesetze des Landes verwiesen werden (in Hessen stieg die Ausländerkriminalität allein von 1972 auf 1973 um 14 % auf über 1400 Straftaten). Ausländischen radikalen Gruppen darf politische Aktivität nicht gestattet werden.

Zur wirksamen Bekämpfung der Gewaltkriminalität in Ballungsgebieten schlägt die CDU weiter die Errichtung von Polizeikontaktrevieren vor. Die Aufgabe dieser Stellen besteht in der weitgehend selbständigen Überwachung der näheren Umgebung dieses Revieres durch polizeiliche Fußstreifen. Dadurch ist gewährleistet, daß die eingesetzten Beamten eine gute Milieukennntnis erhalten. Ferner wird das Sicherheitsgefühl der Bürger durch erhöhte Präsenz der Polizei auf den Straßen gestärkt. Insbesondere Gewaltdelikte, die sich aus der Gelegenheit entwickeln, lassen sich dadurch wesentlich einschränken.

2. Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst heraushalten

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich für eine wehrhafte, streitbare Demokratie entschieden. Dies bedeutet unter anderem, daß der Weg in den Staatsdienst nur verfassungstreuen Bürgern offensteht. Bis vor kurzem vertraten alle in den Parlamenten vertretenen Parteien ohne Einschränkung diese Meinung.

Die CDU bekennt sich nach wie vor zu einer deutlichen Anwendung der bestehenden Gesetze. Wer unsere parlamentarische Demokratie, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung, unseren sozialen Rechtsstaat ablehnt, bekämpft oder zerstören will, darf von diesem nicht in Dienst genommen werden.

Leider hat sich der größte Teil der SPD von diesem Prinzip abgewandt. Es soll nach ihrem Willen besonders für die Mitglieder der von Ostberlin ferngesteuerten DKP nicht mehr in vollem Umfange gelten. In Hessen versucht man teilweise den Radikalenerlaß dadurch zu umgehen, daß man Bewerber nicht als Beamte, sondern als Angestellte einstellt.

Da der linke Flügel der SPD und die unter seinem Einfluß stehende Regierungspolitik in Hessen entgegen früherer Praxis jetzt die Behauptung aufstellen, die vorhandenen Bestimmungen reichten nicht aus, um Mitglieder verfassungsfeindlicher Parteien prinzipiell aus dem öffentlichen Dienst herauszuhalten, fordert die CDU alle Parteien auf, die beamtenrechtlichen Bestimmungen entsprechend zu präzisieren. Dazu gehören folgende Grundsätze:

- Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Parteien oder Aktivitäten in vergleichbaren anderen Organisationen begründen den Verdacht mangelnder Verfassungstreue und stehen einer Einstellung in den öffentlichen Dienst entgegen.

- Das Recht auf parteipolitische Betätigung ("Parteienprivileg") ist der beamtenrechtlichen Treuepflicht untergeordnet.

- Bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst muß nicht nur sichergestellt sein, daß sie nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind oder diese unterminieren wollen, vielmehr muß entsprechend den einschlägigen Bestimmungen des Beamtenrechts - Rahmengesetzes und des Bundesbeamtengesetzes einwandfrei nachgewiesen werden, daß sie jederzeit Gewähr dafür bieten, aktiv - und nicht nur passiv - für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten.

- Verfassungsfeindliche Aktivitäten und die Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Parteien oder Organisationen führen bei schon im öffentlichen Dienst Tätigen regelmäßig zur Entlassung, wenn im Wege der Dienstaufsicht eine Änderung des verfassungsfeindlichen Verhaltens nicht zu erreichen ist.

- Die politische Entscheidung über Verbot oder Nichtverbot verfassungsfeindlicher Parteien hat nichts mit den beamtenrechtlichen Bestimmungen über die Verfassungstreue im Staatsdienst zu tun.

Eine Landesregierung der CDU wird diese Grundsätze sofort anwenden. Daneben fordern wir ihre Durchsetzung auf Bundes- und kommunaler Ebene.

Eine CDU-Landesregierung wird ferner im Rahmen ihrer landespolitischen Kompetenz gewalttätige und verfassungsfeindliche Organisationen verbieten. Diese müssen daran gehindert werden, ihre bereits jetzt vorhandenen Aktionsbasen an Schulen, Hochschulen und in Betrieben noch weiter auszubauen.

Daneben fordert die CDU die beiden anderen im Landtag vertretenen Parteien auf, gemeinsam alles zu tun, die neu entstandenen radikalen Parteien politisch zu bekämpfen und alles zu vermeiden, was deren Aufwertung dient. Die CDU-Hessen wird im Bereich des politischen Radikalismus nach dem Grundsatz "Wehret den Anfängen!" handeln.

3. Richterwahl und Juristenausbildung im Sinne unabhängiger Justiz neu regeln.

Die Unabhängigkeit der Justiz, der "dritten Gewalt" ist für die CDU absolut unantastbar. Von hier ausgehend wird eine CDU-Landesregierung Richterwahl und Juristenausbildung auf neue Grundlagen stellen.

Die CDU tritt für eine Aufgabenerweiterung des Richterwahlausschusses ein. Er soll in Zukunft nicht nur bei Einstellungen, sondern auch bei Beförderungen und Versetzungen der Richter tätig werden. Dadurch wird die von der Verfassung garantierte Unabhängigkeit der Rechtsprechung gegenüber der Regierung gestärkt.

Nach dem Gesetzesvorschlag der CDU besteht der Richterwahlausschuß künftig aus acht Landtagsabgeordneten, sechs Richtern und einem Vertreter der Rechtsanwaltschaft. Die Richter wählen ihre Vertreter in Urwahl selbst.

Nach dem Modell der CDU müssen Beschlüsse des Richterwahlausschusses mit zwei-Drittel-Mehrheit gefaßt werden. Dadurch soll verhindert werden, daß die Landtagsabgeordneten gegen alle anderen Mitglieder Entscheidungen treffen können.

Der Richterwahlausschuß soll nach Meinung der SPD ausschließlich aus Landtagsabgeordneten bestehen. Damit wäre die Justiz in die Abhängigkeit der Mehrheitspartei oder der Regierungsparteien gebracht. Die SPD will offensichtlich den politisch abhängigen Richter. Damit wäre die Unabhängigkeit der Justiz durch Politisierung zerstört.

Der zweite Ansatzpunkt zur Politisierung bzw. Sozialisierung der Justiz ist für die hessische SPD die Ausbildung der Juristen. Alle Parteien sind sich darin einig, daß die sog. "einstufige Juristenausbildung", wie sie z.B. an der Universität Augsburg bereits praktiziert wird, gesetzlich als "Versuchsmodell" eingeführt werden soll.

Das "Wiesbadener Modell" jedoch, von Justizminister Hemfler vorgelegt, hat eine "sozialistische" Juristenausbildung zum Inhalt. Zielvorstellung ist nicht mehr der an Recht und Gesetz gebundene Jurist, sondern der "Sozialingenieur", der im Rahmen einer sog. "kritischen Rechtswissenschaft" fast ausschließlich gesellschaftswissenschaftlich ausgebildet werden soll. Die vorgesehene, zu kurze Zeit der praktischen Ausbildung (15 Monate) soll nicht der Wissensvermittlung durch Praktiker dienen, sondern der Anwendung der geplanten Theorie gegen die bestehende Praxis. Im Klartext heißt dies alles: Die Juristenausbildung soll im Nebel der Soziologie untergehen.

Für die CDU bedeutet einstufige Juristenausbildung:

- Auf theoretische Ausbildung folgt jeweils ein Praktikum (Intervallsystem). Theoretische und praktische Ausbildung sollen dabei zeitlich vergleichbare große "Blöcke" bilden. Ziel ist eine nahtlose Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung. Die Dauer der gesamten Ausbildung soll etwa 6 1/2 Jahre betragen, die praktische davon insgesamt 20 Monate.
- Das inhaltliche Ziel der Juristenausbildung ist der an Recht und Gesetz gebundene, rational und politisch neutral handelnde Jurist, der sich an den freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat gebunden fühlt.

Als Standort zur Durchführung des Modellversuchs einer einphasigen Juristenausbildung schlägt die CDU die Gesamthochschule Kassel vor. In Kassel sind Gerichte aller Gerichtszweige und aller Instanzen bis zu Bundesgerichten vorhanden. Weiterhin gibt es in Kassel eine Vielzahl von Behörden, so daß gerade Kassel durch ein Zusammenwirken von Rechtswissenschaftlern der Gesamthochschule und Praktikern der verschiedenen Gerichtszweige und Behörden eine besonders intensive Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung erzielt werden kann.

4. Volksvertreter unabhängig entscheiden lassen

Nach dem Grundgesetz, der Landesverfassung sowie den Gemeinde- und Kreisordnungen sind Abgeordnete - gleich welcher Ebene - an Aufträge und Weisungen irgendwelcher Art nicht gebunden und nur ihrem Gewissen verantwortlich. Sie sind Vertreter aller Bürger und nicht etwa einer Partei oder Interessengemeinschaft.

Entgegen diesem aus leidvoller geschichtlicher Erfahrung gewonnenen Grundsatz versuchen besonders in Hessen immer mehr Parteigremien der SPD, die aus ihren Reihen kommenden Volksvertreter an die Beschlüsse der Partei zu binden und die Abgeordneten "fernzusteuern". Die CDU lehnt dieses "imperative Mandat" strikt ab.

Die CDU wird die Freiheit ihrer Abgeordneten ernstnehmen und unangetastet lassen.

5. Die SPD-Parteibuchwirtschaft beenden

In der SPD wird unverhohlen das Ziel angestrebt, nicht nur die Volksvertreter, sondern auch die öffentliche Verwaltung von der kleinsten Gemeinde bis zu den Ministerien an die Leine zu nehmen.

Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes werden zunehmend nicht nach Eignung und Leistung eingestellt und befördert, sondern nach Parteibuch und ideologischer Ausrichtung.

Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die nicht der SPD angehören, werden dementsprechend benachteiligt oder auf weniger wichtige Stellen abgeschoben.

Aufträge der öffentlichen Hand werden bevorzugt an Freunde und Mitglieder der SPD vergeben. Beispiele: Vergabe von Schulfahrten an Busunternehmen, Zuweisungen von "Vertragsgästen" an Gasthäuser, Aufträge für Straßenbau, Reparaturen oder Reinigungsdienst an öffentlichen Gebäuden.

Die hessische CDU und eine von ihr gestellte Landesregierung werden Parteibuchwirtschaft und Machtverfilzung abrupt unterbrechen und folgende Grundsätze durchsetzen:

- Die Bürger Hessens sollen niemals von einer Partei abhängig sein.

- Strenge Trennung von Partei und Staat. Jeder Bürger muß vom Staat ohne Rücksicht auf seine politischen Vorstellungen gleichbehandelt werden.
- Einstellung, Aufstieg und Aufgabenzuweisung im öffentlichen Dienst sind ausschließlich nach Eignung und Leistung vorzunehmen. Vermehrte Stellenausschreibungen sollen für eine größere Durchsichtigkeit der Verwaltung sorgen.
- Dienstleistungen und Auftragsvergabe der Verwaltungen an Bürger oder Gewerbebetriebe stehen ohne Ausnahme unter dem Satz "Vor der Verwaltung sind alle gleich" und "Das günstigste Angebot erhält den Zuschlag".

E. Umweltschutz und Landschaftspflege

Fragen des Überlebens

Der Umweltschutz ist eines der dringendsten Probleme unserer Zeit. Gerade im Verdichtungsgebiet Rhein-Main zeigen Luftverschmutzung durch Autoabgase, Industrie und Heizungsanlagen, Lärm, Wasserverschmutzung und Abfallprobleme immer deutlicher die Kehrseite der Medaille des wirtschaftlichen Wohlstandes.

1. Lebenswichtiges Wasser

Wasser ist Lebensgrundlage für Mensch, Tier und Pflanze. Das Grundwasser reicht nicht mehr zur Versorgung aus. Immer mehr müssen Oberflächenwasser herangezogen werden. Unsere Bäche, Flüsse und Seen aber sind verschmutzt.

Die hessische CDU wird deshalb

- die Trennung von Trinkwasser und Brauchwasser in Angriff nehmen, damit mehr Trinkwasser für seinen eigentlichen Zweck zur Verfügung steht;
- den Bau vollbiologischer Kläranlagen verstärkt fördern;
- Industriebetriebe bei der Reinigung ihrer Abwässer schärfer kontrollieren;
- dafür sorgen, daß bei Kraftwerken und sonstigen Unternehmen die Kühlwasseranlagen so eingerichtet sind, daß die zulässigen Höchstwerte der Wärmelastpläne nicht überschritten werden.

2. Abfallbeseitigung unter Kontrolle

Die geordnete und gefahrlose Beseitigung von Abfall ist im Interesse des Grundwasserschutzes, des Landschaftschutzes und der Gesundheit der Bevölkerung dringend geboten. Die in Hessen bisher mögliche wilde Ablagerung von giftigen Stoffen stellt das Land vor ungelöste Probleme. Angesichts der Weltrohstoffknappheit erhält die Wiedergewinnung wichtiger Rohstoffe und die Wiederverwendung von Abfällen immer größere Bedeutung.

Die hessische CDU wird deshalb

- dafür sorgen, daß kriminelle Handlungen im Bereich der Sondermüllverwertung weitestgehend ausgeschlossen werden;
- gewährleisten, daß zur Beseitigung von industriellem Sondermüll ausreichend geeignete Anlagen zur Verfügung stehen;

- Verfahren zur Wiederverwendung von Abfallstoffen fördern;
- die Industrie anregen, schon bei der Herstellung der Produkte die Möglichkeiten ihrer späteren Wiederverwendung zu berücksichtigen.

3. Bessere Luft in Hessen

Die Luftverschmutzung ist eines der Hauptprobleme des Rhein-Main-Gebietes. Hessen hatte bisher als eines der wenigen Bundesländer kein Gesetz gegen Luftverunreinigung und Lärm.

Die hessische CDU wird deshalb

- das endlich verabschiedete Bundesimmissionsschutzgesetz ausfüllen und die erforderlichen Durchführungsverordnungen sofort erlassen;
- für das Belastungsgebiet Rhein-Main einen Smog-Alarmplan aufstellen, der durch entsprechende Maßnahmen bei den einzelnen Belastungsstufen die Bürger wirksam schützt;
- die Luftverschmutzung in Hessen durch ein Netz fester und beweglicher Meßanlagen lückenlos überwachen;
- die Planungsträger im Lande Hessen anhalten, daß sie dem Gesichtspunkt der Umweltvorsorge mehr als bisher Rechnung tragen.

4. Mehr Schutz vor Lärm

Der Lärm wird immer mehr zu einer Geißel der Menschheit. Die hessische CDU wird deshalb

- für niedrige Lärmhöchstwerte in Wohngebieten eintreten und deren Einhaltung streng kontrollieren;
- die Verwendung schalldämmender Bauelemente in lärmgeschädigten Gebieten fördern;
- im Straßenbau Mittel für Schutzbepflanzungen und Schutzwälle zur Verfügung stellen;
- die Planungsträger anhalten, daß unvermeidliche Lärmquellen bei Hauptverkehrsstraßen, Flugplätzen und Bahnstrecken in einem ausreichenden Sicherheitsabstand von der Bebauung freigehalten werden.

5. Der Mensch und seine Landschaft

Die Landschaft in den Verdichtungsräumen ist besonders gefährdet. Sozialbrüche und Bodenerosion verändern zudem das Landschaftsbild. Das Klima wird negativ beeinflusst.

Seither haben Land- und Forstwirte durch ihre Tätigkeit den größten Beitrag zur Landschaftserhaltung und Landschaftspflege geleistet.

Die hessische CDU wird deshalb

- dafür sorgen, daß Land- und Forstwirten, die durch Standortungunst eigentlich zur Aufgabe ihrer Betriebe gezwungen wären, durch direkte Einkommensübertragung die Weiterbewirtschaftung ihrer Höfe im Interesse des Landschaftsschutzes ermöglicht wird;
- Rekultivierungsmaßnahmen von Ländereien, Baggerseen und Müllkippen vorantreiben;
- die Planungsträger anhalten, daß im Zuge der Städte- und Regionalplanung eine weitere Zersiedlung der Landschaft verhindert und durch eine gegliederte Verdichtung entlang der Hauptverkehrsachsen genügend Frei- und Grünflächen für die Naherholung erhalten werden.

F. Gesundheit-höchstes Gut des Menschen

Im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik steht der einzelne Mensch. Aufgabe der Gesundheitspolitik ist es, die schnellen Fortschritte der Medizin jedermann ohne Rücksicht auf sein Einkommen möglichst ohne zeitliche Verzögerung nutzbar zu machen. Die CDU fordert daher den an der Wissenschaft orientierten Ausbau des Gesundheitswesens und eine Intensivierung der Gesundheitserziehung und der Gesundheitsvorsorge.

Dabei treten wir ein für ein freies, vielgestaltiges Gesundheitswesen in der richtigen Abstimmung der Verantwortlichkeiten des Staates mit der persönlichen Verantwortung des einzelnen Bürgers. In ihm arbeiten unabhängige niedergelassene Ärzte neben Ärzten des staatlichen Gesundheitsdienstes, öffentliche neben freigemeinnützigen und privaten Krankenhäusern. Die Ärzteschaft und die nichtärztlichen Fachkräfte des Gesundheitswesens wirken gemeinsam zum Wohle des Menschen.

Die CDU wendet sich gegen alle Tendenzen der Sozialisierung und Bürokratisierung des Gesundheitswesens, die zu einem Qualitätsverlust und zu der Abwanderung befähigter Ärzte aus der allgemeinen Versorgung führen würden. Gesundheitspolitik muß ausschließlich am Wohl des gesunden und kranken Menschen orientiert sein. Ziel ist die überlegte, sachbezogene Weiterentwicklung des bewährten Systems der gesundheitspolitischen Betreuung der Bevölkerung.

Jede ideologische Fixierung der Gesundheitspolitik ist von Übel. Ein verstaatlichtes Gesundheitssystem erfordert, daß alle dort Tätigen im staatlichen Dienst stehen. Überall dort aber, wo sich das Gesundheitswesen in öffentlicher Hand befindet, funktioniert es schlechter.

1. Leistungsfähiges Krankenhaus ohne ideologischen Ballast

Die CDU sieht das Krankenhaus im wesentlichen in seiner Funktion der Sicherstellung der ärztlichen stationären Versorgung. Sie lehnt Ambulatorien sowie Polikliniken zur primären Versorgung der Bevölkerung ab. Polikliniken für Lehr- und Forschungszwecke sind zu bejahen.

Die CDU wird sicherstellen

- daß jeder Kranke, der stationäre Behandlung benötigt, ohne unzumutbare Wartezeiten Aufnahme in ein nahe gelegenes Krankenhaus findet;
- daß sich die ärztliche und pflegerische Versorgung des Patienten ausschließlich nach den durch den Krankheitsgrad bestimmten Behandlungsbedürfnissen richtet;
- daß krankheitsunabhängige Sonderleistungen auf Wunsch des Patienten gegen zusätzliche Vergütung erbracht werden können;

- daß bestimmte Fachgebiete, z.B. die Psychiatrie und Einrichtungen für Langzeitkranke sowie Nachsorge, verstärkt gefördert bzw. weiterentwickelt werden;
- daß die Krankenhausplanung durch ein unabhängiges Sachverständigen-gremium erfolgt;
- daß das Belegarztsystem am Krankenhaus beibehalten und fortentwickelt wird;
- daß die Tätigkeit für Ärzte am Krankenhaus durch vermehrte Schaffung von Lebensstellungen attraktiver gestaltet wird.

Die CDU wird die gravierenden Mängel des Hessischen Krankenhausgesetzes beseitigen und unter anderem:

- für eine Gleichbehandlung von Krankenhäusern in staatlicher und freier Trägerschaft sorgen,
- eine gerechte Verteilung der Finanzierungsmittel für die Städte und Gemeinden vornehmen,
- den Datenschutz so regeln, daß ohne Kenntnis des Patienten kein Zugriff auf gespeicherte Daten möglich ist.

2. Der niedergelassene Arzt - kein Angestellter des Staates

Die CDU tritt für ein medizinisches System ein, in dessen Mittelpunkt der einzelne Mensch steht. Besonders auf dem Lande bestehen Lücken in der ärztlichen Versorgung. Aber auch in der Stadt überschreitet der einzelne Arzt oft seine physischen Grenzen. Das kann nicht zum Wohle seiner Patienten sein. Eine CDU-Landesregierung wird daher ihr Augenmerk vor allem auf die Verbesserung der ärztlichen Versorgung richten.

Dazu ist erforderlich

- die medizinische Versorgung als Teil der sozialen Infrastruktur in der Regional- und Landesplanung zu berücksichtigen;
- in Gebieten mit niedriger Arztdichte in Partnerschaft mit den verantwortlichen Körperschaften die ärztliche Versorgung nachhaltig zu verbessern (z.B. durch Start-hilfe in Form günstiger Darlehen, durch Zurverfügung-stellung von Praxisräumen, durch Regelung der Vertretung und des Nachtdienstes);
- in den Städten und zentralen Orten die Errichtung von Arztzentren sowie Apparategemeinschaften, Praxis-gemeinschaften und Gemeinschaftspraxen sowie weitere Möglichkeiten der Praxisrationalisierung zu unterstützen;

- für die Änderung der Voraussetzungen zum Medizinstudium Kriterien zu suchen, die den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werden;
- darauf hinzuwirken, daß dem Arzt ein breites Spektrum an erreichbaren Fortbildungsmöglichkeiten zur Verfügung steht;
- die Wiedereingliederungen von Ärztinnen, deren Kinder herangewachsen sind;
- die gegenseitige Information zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhausärzten zu bessern, um einen nahtlosen Übergang von der ambulanten zur stationären Behandlung der Patienten zu gewährleisten und umgekehrt.

3. Öffentlicher Gesundheitsdienst - keine Staatsmedizin

Zur Zeit ist die Situation im öffentlichen Gesundheitsdienst in Hessen katastrophal. Funktionsfähigkeit und Bestand des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind zunehmend bedroht. Kaum ein Gesundheitsamt in Hessen ist in der Lage, allein die nach geltendem Recht wahrzunehmenden Pflichtaufgaben voll zu erfüllen.

Die personelle, apparative und räumliche Ausstattung ist oft mangelhaft und teilweise restlos überaltert. Wenn keine Änderung eintritt, besteht die Gefahr des vollkommenen Zusammenbruchs des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Die CDU wird hier aktiv werden, indem sie dafür sorgt, daß der öffentliche Gesundheitsdienst reformiert wird. Dazu gehört,

- daß der Aufgabenkatalog des öffentlichen Gesundheitsdienstes neu geordnet wird, entsprechend den Erfordernissen unserer fortgeschrittenen Industriegesellschaft;
- eine attraktivere Laufbahngestaltung und materielle Besserstellung der im öffentlichen Gesundheitsdienst tätigen Personen;
- daß Möglichkeiten geschaffen werden, die das Berufsbild des Arztes im öffentlichen Gesundheitsdienst attraktiver machen;
- daß die Verbindung zwischen dem öffentlichen Gesundheitsdienst und dem niedergelassenen Arzt qualitativ und quantitativ gefördert wird;

- daß der öffentliche Gesundheitsdienst in eine engere Beziehung zur wissenschaftlichen Forschung kommt.

4. Vorsorge ist besser als heilen

Um die Gesundheit erhalten zu können, muß man Gefahren und Vorbeugemöglichkeiten kennen. Daher sind die Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und Früherkennung wesentlich zu verstärken. Gezielte Vorsorgeuntersuchungen und -maßnahmen sind Etappen auf dem Weg, Krankheiten zu besiegen. Die Vorsorge verhütet das Entstehen gesundheitlicher Schäden.

Alle Reformen im schulischen und vorschulischen Bereich bedürfen der wissenschaftlich fundierten Planung, Überwachung und Auswertung. Gesundheitliche und psychologische Auswirkungen müssen von Ärzten geprüft werden. In allen Fällen ist für eine ausreichende Vorbereitung und Information der Eltern zu sorgen.

Eine CDU-Landesregierung wird

- Gesundheitslehre im Rahmen des Schulunterrichts berücksichtigen;
- die Funktion der medizinischen Berufe als "Aufklärer in Sachen Gesundheit" erweitern;
- durch Forschungsaufträge untersuchen, wie am besten das Gesundheitsinteresse der Bevölkerung geweckt werden kann;
- ein Versuchsprogramm durchführen, das untersuchen soll, inwieweit es für den Laien möglich ist, wichtige Meßdaten der Gesundheit laufend selbst zu kontrollieren;
- die Vorsorgemedizin in den Betrieben durch Hilfen zum Aufbau arbeitsmedizinischer und technischer Dienste ausbauen;
- die Verstärkung der Ausbildung der Ärzte auf den Gebieten der Präventiv-, Arbeits- und Sozialmedizin unterstützen.

5. Unentbehrlich neben den Ärzten: die übrigen Fachleute des Gesundheitswesens

Die CDU betrachtet die Fachleute des Gesundheitswesens als Partner der Ärzte und setzt sich für eine soziale Aufwertung dieser Berufsbilder ein. Diese Fachleute sind für das moderne Gesundheitswesen unentbehrlich geworden. Eine gediegene Aus- und Fortbildung ist notwendige Voraussetzung für eine hohe Qualität des Gesundheitswesens.

Die CDU fordert deshalb unter anderem:

- genügend fach- und berufsgerechte Ausbildungsstätten für Krankenpflegeberufe, medizinisch-technische Assistentinnen, Hebammen, Beschäftigungstherapeuten, Krankengymnastinnen und Logopäden;
- einheitliche Lehrpläne für das gesamte Bundesgebiet;
- bessere Aufstiegsmöglichkeiten, einschließlich der Eröffnung des Hochschulstudiums;
- eine der Vielfalt des modernen Gesundheitswesens entsprechende Spezialisierung.

6. Arzt, Apotheker und Arzneimittel - sie gehören zusammen

Ohne die Entwicklung wirkungsvoller Arzneimittel wären die Erfolge der modernen Medizin undenkbar. Die CDU wird daher jede Verstaatlichung bzw. "Vergesellschaftung" der pharmazeutischen Forschung und Produktion sowie des Apothekerwesens im Interesse der Bevölkerung und ihrer Gesundheit und im Hinblick auf die optimale Versorgung jedes einzelnen ablehnen.

Andererseits wird die CDU zur Vermeidung schädlicher Nebenwirkungen und zur Verhinderung von Mißbrauch dafür Sorge tragen, daß

- die Sicherheit auf dem Gebiet des Arzneimittelwesens weiterentwickelt wird;
- die Registrierpflicht auf alle Arzneimittel ausgedehnt wird;
- die Zusammenarbeit der Pharma-Industrie mit der wissenschaftlichen Forschung und Lehre gefördert wird;
- die Werbung für Pharma-Produkte offener und ehrlicher gestaltet wird, um Verbraucher vor Schäden zu schützen.

G. Sport und Freizeit

Quelle von Gesundheit und Freude

Zum Wohlbefinden des Menschen gehört die körperliche Bewegung. Sie ist im Zeitalter des "Sitzens" bei den meisten Menschen nicht mehr ausreichend. Sport und Freizeit erfüllen die wichtige Aufgabe des Ausgleiches. Sport ist aktive Gesundheitsvorsorge.

Die CDU geht davon aus, daß Gesundheitspolitik ohne sinnvolle und breit wirkende Sportförderung auf die Dauer ohne Erfolg bleibt. Dazu gehört die finanzielle und ideelle Unterstützung von Vereinen und Verbänden. Ein Landessportplan der CDU wird alle politisch möglichen Maßnahmen koordinieren und zusammenfassen.

Eine Landesregierung der CDU wird

- Vereine und Verbände im Sport fördern und sie bei der Erfüllung solcher Aufgaben unterstützen, die sie nicht aus eigener Kraft bewältigen können;
- dafür sorgen, daß Freiheit und Selbstverwaltung im Sport nicht durch ein System öffentlicher Förderungsmaßnahmen eingeschränkt werden;
- die Belange des Sports bei allen dafür geeigneten Vorhaben der öffentlichen Hand stärker als bisher berücksichtigen;
- den Sportstättenbau als zentrale Aufgabe behandeln;
- Anlagen sowohl dem Vereinssport wie auch dem Freizeitsport zugänglich machen;
- für eine ausreichende Zahl von Übungsleitern, Sportlehrern und sportmedizinischen Fachkräften sorgen;
- den Schulsport als wichtigen Teil des schulischen Bildungswesens besonders in Berufsschulen fördern;
- Parkanlagen, Badeplätze, Schwimmbäder, Wanderwege, Spiel- und Liegewiesen für Erwachsene und Kinder in ausreichender Zahl anlegen;
- die Leistungen der Gemeinden auf dem Gebiete des Freizeitlebens, der Gesundheitsförderung und des Jugendsports mit allen Kräften unterstützen.

H. Länderneugliederung und Gebietsreform

Augenmaß ist notwendig

Die hessische CDU bekennt sich zu einem modernen Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Die CDU hält eine ausgewogene Länderneugliederung in naher Zukunft für dringend erforderlich. Ziel einer Neugliederung muß die Schaffung von etwa gleich leistungsstarken Bundesländern sein, deren Grenzen zusammengehörende Wirtschaftsräume nicht durchschneiden dürfen. Das vorausgesetzt, unterstützt die hessische CDU die Schaffung eines neuen Bundeslandes durch Zusammenfassung der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

In der laufenden Legislaturperiode des Landtags ist eine Gebietsreform in Gang gesetzt worden, die kein neues Verwaltungssystem geschaffen und die in vielen Fällen nicht zu einer ausgewogenen Verwaltungsstruktur geführt hat.

Die Landesregierung hat jedoch mit der Gebietsreform zum Teil vollendete Tatsachen geschaffen, deren Auswirkungen die CDU zwar bedauert, es aber nicht für vertretbar hält, mit einer Totalrevision der bisherigen Gebietsreform neue Unruhe in die Bevölkerung und in den Verwaltungsablauf zu tragen. Die CDU wird jedoch in den Fällen, in denen nicht erträgliche Verhältnisse geschaffen wurden oder geschaffen werden sollen, Änderungen vornehmen.

Das betrifft insbesondere die Großbereiche "Main-Kinzig", "Lahn-Dill-Gießen" sowie die Einkreisung kreisfreier Städte unseres Landes. Die CDU wird den Ballungsraum Frankfurt nach ihrem Stadtkreismodell gliedern und die weitere Verschlechterung der Verwaltungsstruktur unseres Landes durch den von SPD/FDP geplanten Mehrzweckpflichtverband verhindern.

In Fällen, in denen die Gebietsreform noch nicht abgeschlossen ist, d.h. erst jetzt Wahlen zu der Großgemeinde stattfinden, wird die CDU die Errichtung von Verbandsgemeinden prüfen. Das gilt vor allem für flächenstarke und einwohnerschwache Gemeinden, die mit Hilfe der Einrichtung der Verbandsgemeinde ihre Probleme bürgernäher und effektiver lösen können.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Funktionalreform mit dem Ziel einer einfachen, kostengünstigen und bürgernahen Verwaltung vorangetrieben und verwirklicht wird. Die Landesregierung hat den Fehler begangen, die Gebietsreform durchzupfeitschen, ohne genaue Vorstellungen über den Endzustand in der Verwaltung zu haben. Diese "Funktionalreform" wird ein wichtiges Anliegen einer CDU-Landesregierung sein. Das bedeutet:

1. Verlagerung möglichst vieler Zuständigkeiten von übergeordneter Ebene (Ministerien, Regierungspräsidenten) auf bürgernahe Ebene;
2. Gliederung der Gesamtverwaltung nach möglichst einheitlichen, durchschaubaren Prinzipien; Rationalisierung der Verwaltung, auch durch Reduzierung der Verwaltungsebenen in Verbindung mit der Länderneugliederung;
3. weitestmögliche Zusammenfassung von staatlichen Fach- und Sonderverwaltungen ohne Kommunalisierung, Schaffung grenzgleicher Bezirke von Fach- und Sonderverwaltungen und allgemeiner Verwaltung.